



Bücherei

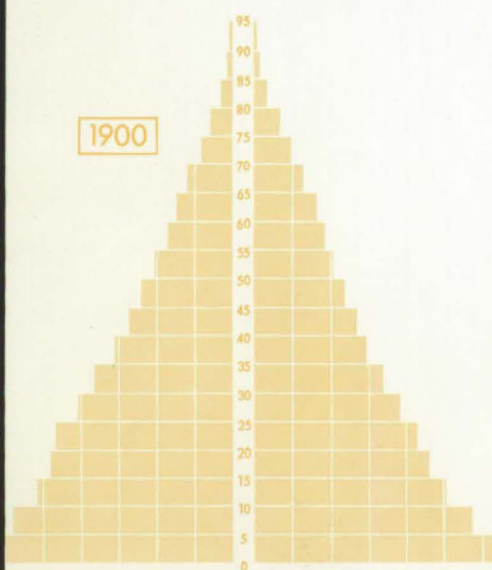
STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

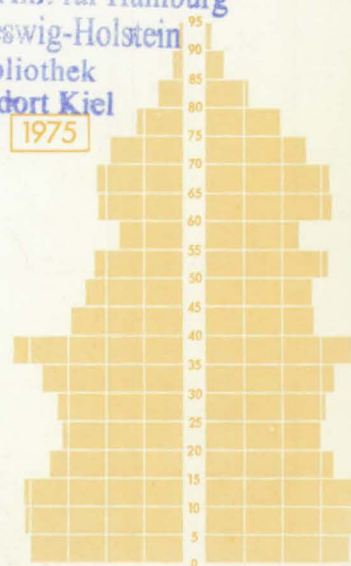
16. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1964

- Blick auf morgen: Bundestagswahl 1965
- Grafik des Monats: Erwerbspersonen am Arbeitsort
- Aufsätze:
- Geburtenhäufigkeit 1963
 - Bestandsgrößen in der Nutztviehhaltung
 - Straßenverkehrsunfälle 1963
 - Berlin- und Interzonenhandel 1963
 - Einkommen der Körperschaften 1961
- Kurzberichte: An- und Abmeldungen von Arbeitsstätten
- Beilage (Grafik): Altersaufbau 1964 und 1977



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1963	1964	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt März bis Juli ¹		
INDUSTRIE				
Produktionsindex ²	1958 = 100	128	131	+ 3
Beschäftigte ³	1 000	174	172	- 1
Umsatz ^{3 4}	Mill. DM	650	655	+ 1
Geleistete Arbeiterstunden ^{3 5}	Mill.Std.	23	23	- 1
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁶	Mill. Std.	10,8	p10,5	- 3
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁷	Anzahl	2 620	2 370	- 10
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	100,2	96,1	- 4
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	62,8	71,3	+ 14
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 663	5 919	+ 5
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950 = 100	95,5	97,8	+ 2
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950 = 100	100,5	102,4	+ 2
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1950 = 100	103,5	104,6	+ 1
landwirtschaftlicher Produkte ⁸	1950/51 = 100	107,5	106,4	- 1
Lebenshaltungsindex ⁹				
insgesamt	1962 = 100	103,1	105,2	+ 2
Ernährung	1962 = 100	104,2	105,9	+ 2
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ¹⁰	Mill. DM	1 716	1 884	+ 10
mittel- und langfristigen Krediten ¹¹	Mill. DM	4 268	4 898	+ 15
Spareinlagen ¹²	Mill. DM	2 126	2 489	+ 17
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹³	Mill. DM	41	46	+ 11
Landessteuern ¹⁴	Mill. DM	64	70	+ 10
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	43	48	+ 13
Lohnsteuer	Mill. DM	27	31	+ 14

1) bei "Verkehr" und "Geld und Kredit": Februar bis Juni 2) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau)
3) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten 4) einschl. Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Lehrlingsstunden 6) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 7) in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden (Neubau und Wiederaufbau) 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 9) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 10) an die Nichtbankenkundschaft 11) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 12) Einlagenbestand am Monatsende 13) einschl. Umsatz- ausgleichsteuer 14) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1964

Aktuelle Auslese

FAST 1 MILL. ERWERBSTÄTIGE



Nach den Ergebnissen des Mikrozensus übten Ende April 1964 997 000 Einwohner unseres Landes eine Erwerbstätigkeit aus. Von 100 Männern zwischen 15 und 65 Jahren arbeiteten 89, von 100 gleichaltrigen Frauen 43. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Erwerbstätigen nicht verändert. Die Erwerbsquote jedoch ist bei den Männern geringfügig zurückgegangen, bei den Frauen leicht gestiegen. — In der Landwirtschaft hat die Erwerbstätigenzahl um fast 10 % gegenüber 1963 abgenommen. Das Produzierende Gewerbe und der Bereich der Dienstleistungen haben mehr Beschäftigte. Relativ am stärksten war die Zunahme bei den Dienstleistungen. — Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ist geringfügig kleiner geworden, die Zahl der in abhängiger Stellung Tätigen größer. Dabei ist eine leichte Verschiebung von den Arbeitern zu den Angestellten zu erkennen.

	1963	1964
	in %	
Wirtschaftsbereich		
Landwirtschaft	13	12
Produzierendes Gewerbe	39	40
Handel und Verkehr	22	22
Sonstige Wirtschaftsbereiche	25	27
Insgesamt	100	100
darunter		
Selbständige	13	12
Beamte und Angestellte (einschl. Lehrlinge)	31	33
Arbeiter (einschl. Lehrlinge)	48	47

GEMÜSEANBAU 1964



Im Jahre 1964 wurden in Schleswig-Holstein rund 11 700 ha Gemüse angebaut, etwa 1 000 ha weniger als 1963. Die Gemüseanbaufläche war jedoch noch um 10 % größer als im langjährigen Durchschnitt. Eingeschränkt wurden vor allem der Weißkohlanbau und der Speisemöhrenanbau. Weiterhin nahmen die Flächen an Frührotkohl, Früh- und Herbstwirsingkohl, Grünkohl, Rosenkohl, Roten Beeten und einigen Feingemüsearten ab. — Ausgedehnt wurden gegenüber 1963 vor allem der Blumenkohlanbau — besonders Frühblumenkohl — und verschiedene Feingemüsearten. Nahezu unverändert blieben die Pflückerbbsen- und Pflückbohnenanbauflächen.

FILMBESUCH



Nach Angaben der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V. beträgt die Zahl der jährlichen Filmbesuche, je Einwohner berechnet, heute im Durchschnitt 7.

	Jährliche Filmbesuche je Einwohner in den Jahren		
	1954	1959	1963
Kiel	17,3	13,6	6,7
Lübeck	16,3	12,4	6,6
Bundesgebiet	14,4	12,1	6,5

Blick auf morgen

... und zwar auf die Bundestagswahl 1965

Zur letzten Bundestagswahl 1961 wiesen die Wählerverzeichnisse in Schleswig-Holstein 1 626 000 Wahlberechtigte aus. Bei der nächsten Bundestagswahl im September 1965 werden es nach einer hier vorliegenden Vorausberechnung fast 70 000 Wahlberechtigte (4 %) mehr sein als 1961. Außerdem wird sich die Struktur der Wahlberechtigten verändert haben.

Da sind zunächst die jungen Menschen, die 1965 zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl zur Urne gehen dürfen. 1965 wird es in Schleswig-Holstein voraussichtlich rund 155 000 Erstwähler geben, und zwar 85 000 junge Männer und 70 000 junge Frauen. Das bedeutet, daß ungefähr jeder 10. Wahlberechtigte zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl entscheiden muß, ob er von seinem Wahlrecht Gebrauch machen und welcher Partei er den Vorzug geben will. Für die Parteien dürfte es nicht ohne Bedeutung sein, daß von den Erstwählern über die Hälfte (55 %) Männer sein werden. Damit wird aber das Übergewicht der wahlberechtigten Frauen insgesamt – 55% aller Wahlberechtigten waren 1961 Frauen – nur geringfügig abgebaut.

Außerdem werden bis 1965 knapp 190 000 Wahlberechtigte nach Schleswig-Holstein zugezogen sein, die auch 1961 schon wahlberechtigt waren.

Andererseits werden nicht alle Wahlberechtigten, die 1961 in Schleswig-Holstein in den Wählerverzeichnissen eingetragen waren, dort auch noch 1965 zu finden sein. Man rechnet damit, daß bis zum Zeitpunkt der nächsten Wahl 110 000 Wahlberechtigte verstorben und schätzungsweise 165 000 aus Schleswig-Holstein verzogen sein werden. Von den 1961 in Schleswig-Holstein vorhandenen Wahlberechtigten werden also 1965 etwa 17 % nicht mehr in Schleswig-Holstein wählen.

Hinter der so geringfügig erscheinenden Zunahme der Zahl der Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein zwischen 1961 und 1965 um 4 % verbirgt sich somit eine tatsächliche Bewegung von 615 000 Wahlberechtigten, und zwar 340 000 Zugänge in den schleswig-holsteinischen Wählerverzeichnissen und 275 000 Streichungen. Das bedeutet, daß 1965 ein Fünftel der 1 693 000 Wahlberechtigten zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl in Schleswig-Holstein wahlberechtigt sein wird. Es setzt sich aus den Erstwählern und den Zugezogenen zusammen.

Aus dem Inhalt

Geburtenhäufigkeit 1963

Seite 240

Die Bevölkerungszunahme in Schleswig-Holstein wurde in den letzten Jahren überwiegend von Geburtenüberschüssen getragen. Der Saldo aus den Veränderungen durch Geburt und Tod war 1963 mit 14 500 fast doppelt so groß wie der für 1957 registrierte Geburtenüberschuß. Die Zahl der Geburten betrug 1957 knapp 33 800, 1963 dagegen rund 43 600. – Die Geburtenziffer, die 1962 noch mit 17,6 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner berechnet wurde, erreichte 1963 bereits einen Wert von 18,4. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer (Lebendgeborene je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren) stellte sich 1962 auf 86 und 1963 auf 90. – Die Geburtenhäufigkeit variierte sehr stark von Kreis zu Kreis. 1963 wurden je 1 000 Einwohner in den kreisfreien Städten 16, in den Landkreisen 19 Kinder geboren. Mit 22 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner hatten die Kreise Flensburg-Land, Husum und Südtondern die höchsten Geburtenziffern. Der niedrigste Wert ergab sich für Kiel mit 15. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer betrug in den kreisfreien Städten im Durchschnitt 71, in den Landkreisen 91, d.h., die Geburtenhäufigkeit bei den 15 bis 44 Jahre alten Frauen war in den Landkreisen um gut ein Viertel höher als in den Städten. – Im Durchschnitt wurden 1960/62 von 1 000 verheirateten Frauen im Gebärgalter 134 Kinder geboren. In den Landkreisen lag die Ziffer bei 142, in den Städten bei 116. Fast drei Viertel aller von verheirateten Frauen im Laufe der Gebärperiode

geborenen Kinder werden – nach den Gebärwahrscheinlichkeiten des Jahres 1961 – von Müttern bis zum vollendeten 24. Lebensjahr zur Welt gebracht.

Bestandsgrößen in der Nutztviehhaltung

Seite 242

Im Interesse einer rationellen Arbeitswirtschaft muß in allen Nutztviehhaltungen eine Mindest-Bestandsgröße angestrebt werden. Diese Mindestbestände sind nach den Untersuchungen verschiedener Institute für die Milchkuhhaltung mit 15 bis 20, eher allerdings 20 Tieren, für die Zuchtsauenhaltung mit 10 bis 15 Tieren, für die Schweinemast mit etwa 100 und für die Legehennenhaltung mit etwa 500 Tieren im bäuerlichen Familienbetrieb anzusetzen. – Von 1959 bis 1963 verminderte sich die Zahl der Milchkuhhalter in Schleswig-Holstein um 12 %, während gleichzeitig der Kuhbestand um 7 % aufgestockt wurde. Dadurch erhöhte sich die durchschnittliche Bestandsgröße von 8,9 auf 10,8 Tiere. Von allen Kuhhaltern hatten allerdings auch 1963 erst knapp 9 % mehr als 20 Tiere. – Von 1957 bis 1963 hat die Zahl der Schweinehalter mit 2 und mehr ha LN um fast 14 % abgenommen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Schweine in diesen Betrieben um 26%. Dadurch erhöhte sich die durchschnittliche Bestandsgröße auf 36 Tiere, d.h. um 46% innerhalb von

sechs Jahren. – Von allen Legehennenhaltern besaßen 1963 über 90% weniger als 50 Hennen, davon wiederum die Mehrzahl weniger als 20 Hennen. Im Durchschnitt aller Halter Schleswig-Holsteins wurden 1963 30 Legehennen gehalten. – 1961 standen 82%, 1963 87% der Masthühner in Beständen von 500 und mehr Stück.

Straßenverkehrsunfälle 1963 Seite 246

Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ist in Schleswig-Holstein seit 1961 von 13 200 auf 12 600 abgesunken; sie ist damit niedriger als in den drei vorhergehenden Jahren. Auch die Zahl der Verunglückten ist erstmalig auf 17 000 zurückgegangen und liegt auch unter der von 1960. Hieraus darf jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß die Verhältnisse weniger besorgniserregend würden. – Wird der Verkehr innerhalb der Ortschaften und der auf freier Strecke gesondert betrachtet, so zeigen schon bei dieser Trennung die beiden Unfallzahlen gegenläufige Entwicklung. Die Unfälle innerhalb der Ortschaften gehen nämlich seit drei Jahren zurück, die Unfälle auf freier Strecke sind dagegen ständig häufiger geworden. Diese unterschiedliche Entwicklung hat dazu geführt, daß die Unfälle außerhalb der Ortschaften 1963 bereits 38% aller Unfälle ausmachten gegenüber nur 32% im Jahre 1960. – Im Gegensatz zu den Unfällen ist die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten nicht zurückgegangen. Sie betrug 1960 6 093, stieg bis auf 5 931, im Jahre 1962 und erreichte mit 6 013 auch 1963 praktisch die gleiche Höhe. – Fast die Hälfte aller Toten und Schwerverletzten waren 1963 Autofahrer. Fast 2 000 hiervon, die auf freier Strecke verunglückten, stellen die größte Gruppe unter den Unfallopfern dar, die zudem noch die stärkste Tendenz zur Vergrößerung zeigt. Der Schwerpunkt dieser Entwicklung liegt bei den Alleinunfällen. – Werden alle Verunglückten, auch die Leichtverletzten, einbezogen, so ergibt sich, daß 1963 1,25 Personen je Unfall in den Ortschaften und 1,52 auf freier Strecke verunglückten.

Berlin- und Interzonenhandel 1963

Seite 252

Auch im Jahre 1963 hat sich der Warenverkehr zwischen Schleswig-Holstein und Berlin (West) weiter ausgedehnt. Der Wert des Warenaustausches belief sich 1963 auf 624 Mill. DM, gegenüber 1962 ist er um weitere 3% gestiegen. Die Bezüge Schleswig-Holsteins aus Berlin haben sich seit 1958 mehr als verdoppelt, die Lieferungen unseres Landes nach dort nahmen dagegen im gleichen Zeitraum nur um 25% zu. Trotzdem betragen die Lieferungen Schleswig-Holsteins nach Berlin immer noch mehr als das Doppelte desjenigen, was aus dem westlichen Teil der alten Reichshauptstadt bezogen wird. – Von den Lieferungen aus Schleswig-Holstein nach Berlin-West entfielen 1963 dem Wert nach etwa 76% auf Erzeugnisse der Ernährungsindustrie und der Landwirtschaft. Unter den Bezügen Schleswig-Holsteins standen die Artikel der Elektrotechnik an erster Stelle. 36% des Wertes aller bezogenen Waren entfielen hierauf. – Der Warenaustausch im Interzonenhandel beruht auf zweiseitigen Abkommen zwischen den Währungsgebietender DM-West und der DM-Ost. Während des Jahres 1963 sind die Lieferungen und die Bezüge Schleswig-Holsteins im Warenaustausch mit dem Währungsgebiet der DM-Ost gegenüber 1962 um 47% zurückgegangen. Der Wert des Warenaustausches belief sich 1963 nur noch

auf 13,7 Mill. Verrechnungseinheiten. Ebenso wie im Berlin-Handel sind auch im Interzonenhandel die Lieferungen Schleswig-Holsteins stets höher als die Bezüge gewesen, wenn man von einer Ausnahme 1959 absieht.

Einkommen der Körperschaften 1961

Seite 255

Im Jahre 1961 wurden in Schleswig-Holstein 1 617 Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen zur Körperschaftsteuer herangezogen. Sie erwirtschafteten einen Gewinn von 261 Mill. DM, der ein Einkommen von 256 Mill. DM ergab. Davon mußten sie 41% als Körperschaftsteuer entrichten. Ihr durchschnittlicher Gewinn betrug 161 000 DM. – Die Sondervergünstigungen, die in der Hauptsache die Abschreibungsparagraphen der Siebenergruppe des EStG betreffen, wurden 1961 in 162 Fällen in Höhe von 23 Mill. DM geltend gemacht. Während sich die Zahl der Fälle seit 1957 um zwei Drittel erhöhte, hat sich der Betrag beinahe verdreifacht. Die Veränderungen unter den einzelnen Sondervergünstigungen waren recht unterschiedlich. – Von der Möglichkeit, durch Aufwendungen für Pensions- und Unterstützungsverpflichtungen den Bilanzgewinn zu mindern, machten die Körperschaften häufiger Gebrauch als von den Sondervergünstigungen. Bei weitem am meisten wurden Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen geltend gemacht. – Für 1 357 Steuerpflichtige ergab die Steuerbilanz 1961 einen Bilanzgewinn in Höhe von 124 Mill. DM und für 51 Steuerpflichtige einen Bilanzverlust von 1 Mill. DM. Die Zahl der Steuerpflichtigen mit Bilanzgewinn hat sich gegenüber 1957 um 150 erhöht und ihr Gewinn mehr als verdoppelt. Die Zahl der Fälle mit Bilanzverlust verminderte sich demgegenüber ebenso wie der Betrag. Der durchschnittliche Bilanzgewinn erhöhte sich dadurch auf 91 000 DM, während der durchschnittliche Bilanzverlust auf 21 000 DM sank. – Die Schichtung der Körperschaften nach der Höhe ihres Einkommens zeigte auch 1961 die bereits aus den früheren Jahren bekannte Anhäufung der Steuerpflichtigen in den unteren Größenklassen und eine Zusammenballung der Einkommen auf wenige Körperschaften in den höheren. Auf 43 Körperschaften, das sind 3% aller Steuerpflichtigen mit über 1 Mill. DM Einkommen, entfielen fast drei Viertel des gesamten Einkommens. – Von den 1 497 steuerbelasteten unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaften wurden beinahe die Hälfte in Form einer Genossenschaft und gut ein Drittel in Form einer Kapitalgesellschaft geführt. – Körperschaftsteuerpflichtige Aktiengesellschaften gibt es in Schleswig-Holstein einschließlich der Organtöchter nur 45. Sie erwirtschafteten 1961 jedoch ein Viertel des Einkommens aller Körperschaften und entrichteten dafür auch ein Viertel des gesamten Steueraufkommens. Mit einem Durchschnittseinkommen von 1,4 Mill. DM lagen sie weit an der Spitze; es war fast zehnmal so hoch wie im Durchschnitt aller Rechtsformen.

An- und Abmeldungen von Arbeitsstätten

Seite 260

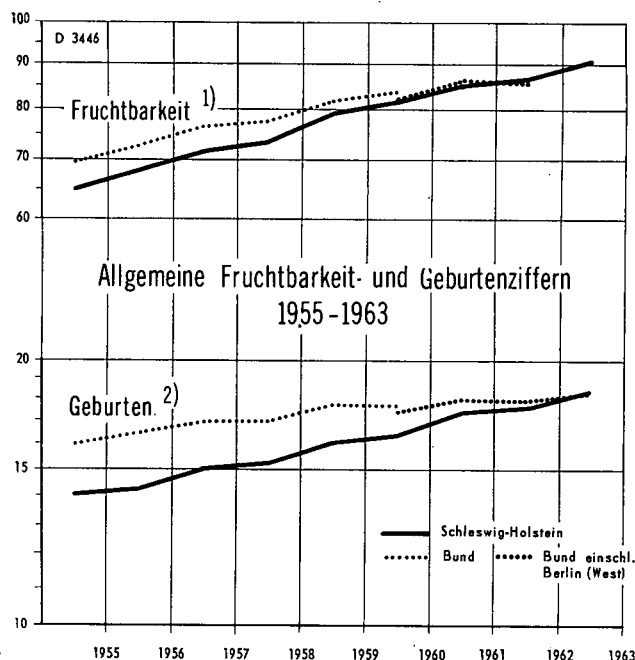
Im Jahre 1963 wurden in Schleswig-Holstein 5 718 An- und 4 503 Abmeldungen gewerblicher Arbeitsstätten festgestellt, also eine Zunahme um rund 1 200 Betriebe. Die Gesamtzahl der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten in Schleswig-Holstein belief sich 1961 auf rund 100 000. Sowohl bei den An- als auch bei den Abmeldungen im Jahre 1963 stand der "Handel" zahlenmäßig an der Spitze.

Geburtenhäufigkeit 1963

Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins hat von Anfang 1957 bis Ende 1963 um rund 125 000 Personen zugenommen. In dieser Zeit sind 48 000 Personen mehr ins Land gekommen als von hier fortzogen. Auf der anderen Seite lag die Zahl der neugeborenen Kinder um 77 000 höher als die Gesamtzahl der Gestorbenen. Das bedeutet, daß von der Bevölkerungszunahme in den vergangenen sieben Jahren mehr als drei Fünftel von Geburtenüberschüssen getragen wurden. Der Saldo aus den Veränderungen durch Geburt und Tod war 1963 mit 14 500 fast doppelt so groß wie der für 1957 registrierte Geburtenüberschuß. Die absolute Zahl der Geburten betrug 1957 knapp 33 800, 1963 dagegen rund 43 600. Gegenüber dem Jahr 1962 ist die Zahl der Neugeborenen um 6% gestiegen. Die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins war 1963 hingegen im Jahresdurchschnitt nur um knapp ein Prozent größer als 1962. Die Geburtenhäufigkeit hat demzufolge ganz erheblich stärker zugenommen als es dem allgemeinen Bevölkerungszuwachs entspricht. Zahlenmäßig schlägt sich diese Zunahme in der Veränderung der Geburtenziffer nieder, die 1962 noch mit 17,6 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner berechnet wurde, für 1963 jedoch bereits einen Wert von 18,4 erreichte. Schleswig-Holstein hat damit die für das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) errechnete Geburtenhäufigkeit von 18,3 überschritten, nachdem sich die Werte in den vorausgegangenen Jahren immer stärker einander genähert hatten.

Die Geburtenziffer ist bekanntlich das einfachste Maß für die Beurteilung der Geburtenhäufigkeit in einer Bevölkerung. Da in ihr aber Veränderungen im Altersaufbau und in der Geschlechterproportion nicht ausgeklammert werden, läßt sie keine feineren Vergleiche zu. Als wesentlich besseres Maß muß die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer angesehen werden, bei der die Lebendgeborenen mit der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter in Beziehung gesetzt werden. Danach ergaben sich für 1963 90 Lebendgeborene je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren. Dieser Wert liegt um 4,5% über dem für 1962 ermittelten.

Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer für den Bund lag 1962 mit 85 Lebendgeborene je 1 000 Frauen im Gebäralter etwas niedriger als die für unser Land (86). Bei der reinen Fruchtbarkeit wurde also bereits ein Jahr früher der Bundesdurchschnitt überschritten als bei der Geburtenziffer. An dieser Stelle ist der methodische Unterschied zwischen den beiden Häufigkeitsmaßen sehr deutlich zu erkennen. Die Tatsache, daß die Geburtenziffer noch unter, die Fruchtbarkeitsziffer aber schon über dem



1) Lebendgeborene auf 1000 Frauen im Alter von 15-44 Jahren

2) Lebendgeborene auf 1000 Einwohner

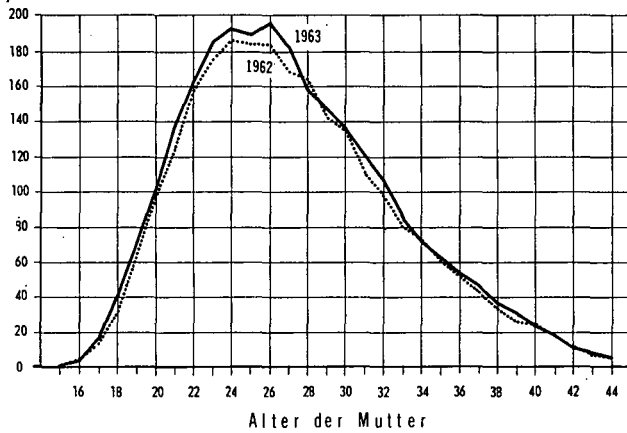
Wert für das gesamte Bundesgebiet liegt, spiegelt lediglich die unterschiedliche Alters- und Geschlechtergliederung in unserem Lande wider. In der Geburtenziffer Schleswig-Holsteins ist die Bezugsgröße "Einwohner" belastet durch einen relativ höheren Anteil der Männer (die Geschlechterproportion belief sich 1962 im Durchschnitt auf 111 Frauen je 100 Männer gegenüber 112 je 100 im Bund) sowie durch die stärkere Besetzung der Altersgruppen "unter 15 Jahre" und "45 Jahre und älter" bei den Frauen (zusammen 61,5%, im Bundesgebiet jedoch nur 60,2%).

Eine Zunahme der Geburtenhäufigkeit ist in nahezu allen Altersstufen der Frauen zu verzeichnen. Selbst bei der verhältnismäßig kurzen Zeitspanne, die einem Vergleich mit dem Vorjahr zugrunde liegt, ist wieder eine leichte Steigerung des Beitrages der unter 30jährigen Frauen zur Gesamtfruchtbarkeit von 1962 auf 1963 nachweisbar.

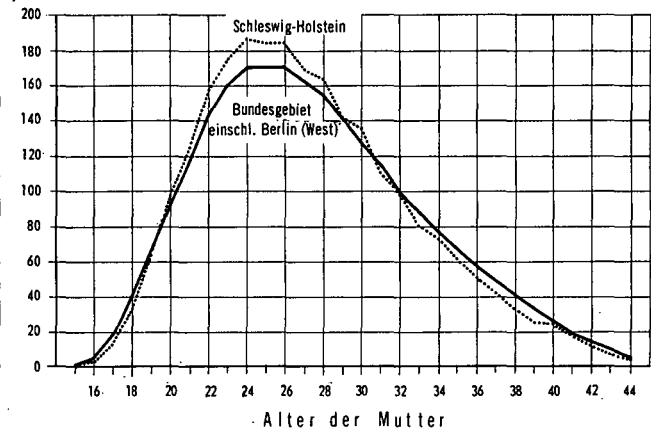
Der Verlauf der Kurve der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern des vergangenen Jahres zeigt - abgesehen von den im ganzen höheren Werten - keine entscheidenden Abweichungen von den Kurven der früheren Jahre. Der Gipfel der Kurve für 1963 weist allerdings zwei ausgeprägte Maxima auf, und zwar bei den 24 und 26 Jahre alten Frauen. Die Tatsache, daß die Kurve nur die Summe verschiedener Einzelkurven der unehelichen und ehelichen Fruchtbarkeit hinsichtlich der Ordnungszahl der Geburten darstellt, läßt aber die Deutung zu, daß der erneute kurze Anstieg bei den etwa 26 Jahre alten Frauen durch das Maximum der Frucht-

Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern

Lebendgeborene je 1000 Frauen Schleswig-Holstein 1962 und 1963



Lebendgeborene je 1000 Frauen .1962



barkeitsziffern für eheliche zweite und dritte Kinder bedingt ist. Die für ehelich Erstgeborene berechneten Fruchtbarkeitsziffern zeigen die höchsten Werte bei den 22 und 23 Jahre alten Frauen, also drei bis vier Jahre früher.

Im Bundesdurchschnitt hat die Fruchtbarkeitskurve im ganzen einen etwas glatteren Verlauf als in Schleswig-Holstein (Ausgleich durch die großen Zahlen). Die beiden Kurven verdeutlichen jedoch die Besonderheiten des Altersverlaufs der Gebärhäufigkeit in unserem Lande. Die höhere allgemeine Fruchtbarkeitsziffer ist ausschließlich auf eine gegenüber dem Bundesdurchschnitt größere Häufigkeit von Niederkünften bei den 20 bis 30 Jahre alten Frauen zurückzuführen. Bei den jüngeren und älteren Frauen sind im Bundesgebiet höhere Geburtenhäufigkeiten festzustellen als in Schleswig-Holstein.

Sieht man von den überhaupt bestehenden Größenunterschieden der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffer zwischen unserem Land und dem Bundesdurchschnitt ab, und vergleicht man nur die Anteile der einzelnen Altersstufen am Geburtenertrag aller Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren, so war 1962 der relative Beitrag zu der Gesamtgebärleistung im Bund bei den Frauen unter 20 Jahren geringfügig höher als in Schleswig-Holstein.

Die Geburtenhäufigkeit variiert sehr stark von Kreis zu Kreis. Zunächst zeigt sich für den Durchschnitt aller Landkreise eine gegenüber den Städten um ein Fünftel höhere Geburtenziffer. 1963 wurden je 1 000 Einwohner in den kreisfreien Städten 16, in den Landkreisen 19 Kinder geboren. Mit 22 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner hatten die Kreise Flensburg-Land, Husum und Südtondern die höchsten Geburtenziffern. Der niedrigste Wert ergab sich für Kiel mit 15. Seit 1961 ist die Geburtenhäufigkeit in den Städten relativ stärker gestiegen als in den Landkreisen.

Aus der Volkszählung 1961 liegen Angaben über die Alters- und Familienstandsverteilung der Einwohner in den einzelnen Kreisen vor, auf Grund derer Fruchtbarkeitsziffern in regionaler Untergliederung berechnet werden konnten. Um bei diesen Rechnungen zufällige Besonderheiten eines einzelnen Beobachtungsjahres auszugleichen, wurde die durchschnittliche Zahl der Geborenen in den Jahren 1960 bis 1962 auf die Alters- bzw. Familienstandsgruppen nach der Volkszählung bezogen.

Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer betrug in den kreisfreien Städten im Durchschnitt 71, in den Landkreisen 91, d. h. die Geburtenhäufigkeit bei den 15 bis 44 Jahre alten Frauen war in den Landkreisen um gut ein Viertel höher als in den Städten. Auch hier liegt der Kreis Flensburg-Land an der Spitze aller Kreise, während für Kiel wiederum die geringste Gebärhäufigkeit errechnet wurde.

Beschränkt man den Vergleich auf die ehelich Geborenen und setzt sie in Beziehung zu den verheirateten Frauen im Gebäralter, so schaltet man die vergleichsstörenden Unterschiede in der Familienstandsgliederung aus. Da die unehelichen Geburten keine große Bedeutung für die Gesamtfruchtbarkeit haben, ist die Bezugsgröße der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern in Gebieten mit großen Anteilen unverheirateter Frauen überhöht. Besonders in größeren Städten kann die hohe Zahl berufstätiger lediger Frauen die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer senken. Dieses Moment schlägt für die kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins jedoch nicht stark zu Buche. Denn auch hinsichtlich der Gebärhäufigkeit verheirateter Frauen ergeben sich für Kiel, Lübeck und Neumünster die niedrigsten Werte, nur die Stadt Flensburg rückt etwas weiter ins Mittelfeld der Reihe.

Im Durchschnitt wurden 1960/1962 von 1 000 verheirateten Frauen im Gebäralter 134 Kinder

Geburtenhäufigkeit in den Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Geburtenziffer		Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer Ø 1960 - 1962	Eheliche
	1961	1963		
FLensburg	16,3	17,4	79,4	131,7
KIEL	13,7	14,7	66,1	111,3
LÜBECK	15,5	16,7	71,9	114,1
NEUMUNSTER	16,6	17,6	78,0	122,8
zusammen	15,0	16,1	71,3	116,5
Eckernförde	19,3	19,5	98,7	155,3
Eiderstedt	17,8	19,0	86,5	145,5
Eutin	17,3	18,8	82,2	135,9
Flensburg-Land	21,4	22,4	110,6	169,6
Hzgt. Lauenburg	16,5	16,7	84,6	129,1
Husum	20,2	21,6	104,3	158,8
Norderdithmarschen	18,3	20,4	90,3	142,9
Oldenburg(Holstein)	16,1	17,7	83,4	133,7
Pinneberg	18,5	19,4	87,3	131,5
Plön	19,6	20,0	95,7	148,2
Rendsburg	18,9	20,4	92,1	142,9
Schleswig	18,4	19,4	96,2	152,8
Segeberg	18,9	20,4	95,0	149,8
Steinburg	17,1	18,3	87,2	137,2
Stormarn	18,4	18,2	84,3	130,5
Süderdithmarschen	17,5	19,1	95,0	142,5
Südtondern	19,3	21,6	89,5	158,8
zusammen	18,4	19,4	90,7	141,7
Schleswig-Holstein	17,4	18,4	84,8	134,4

geboren. In den Landkreisen lag die Ziffer bei 142, in den Städten bei 116. Ausgesprochen niedrige Werte der ehelichen Fruchtbarkeit

wurden weiter für die an Hamburg grenzenden Kreise Lauenburg, Stormarn und Pinneberg ermittelt. Besonders hohe eheliche Fruchtbarkeitsziffern ergaben sich für den noch weniger verstädterten Norden des Landes (Flensburg-Land, Südtondern, Husum, Eckernförde, Schleswig). Sie liegen in diesen Kreisen zusammen um 18% über der durchschnittlichen Ziffer im Land.

Ergänzend dazu sei noch der Einfluß des Heiratsalters auf die Höhe der ehelichen Fruchtbarkeit erwähnt. Die altersspezifischen ehelichen Fruchtbarkeitsziffern sinken nach sehr hohen Anfangswerten mit fortschreitendem Alter der Ehefrauen rasch ab. Fast drei Viertel aller von verheirateten Frauen im Laufe der Gebärperiode geborenen Kinder werden - nach den Gebärwahrscheinlichkeiten des Jahres 1961 - von Müttern bis zum vollendeten 24. Lebensjahr zur Welt gebracht. In Gegenden mit niedrigem Heiratsalter der Frauen sind deshalb - ceteris paribus - höhere Fruchtbarkeitswerte zu erwarten als in Kreisen, in denen später geheiratet wird. Für 1960 wurden für die nördlichen Kreise mit der höchsten ehelichen Fruchtbarkeit auch die niedrigsten Heiratsalter ermittelt. In den Landkreisen heirateten die Frauen im Durchschnitt mit 24,0 Jahren, in den kreisfreien Städten mit 25,4 Jahren.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Vergleiche auch: "Geburtenhäufigkeit 1961 und 1962" In Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 300 (Oktober)

Die Bestandsgrößen in der Nutztviehhaltung 1963

Ergebnisse der Sonderaufbereitungen der Dezember-Viehzählungen

Im Interesse einer rationellen Arbeitswirtschaft muß in allen Nutztviehhaltungen eine Mindest-Bestandsgröße angestrebt werden. Wird diese nicht erreicht, steigen die Arbeitskosten an oder die Produktivität der eingesetzten Arbeit sinkt. Mit steigenden Löhnen bzw. Lohnansprüchen der bäuerlichen Familie gewinnt dieser Faktor immer mehr an Bedeutung.

Die Mindest-Bestandsgrößen sind nach den Untersuchungen verschiedener Institute für die Milchkuhhaltung mit 15 - 20, eher allerdings 20 Tieren, für die Zuchtsauenhaltung mit 10 - 15 Tieren, für die Schweinemast mit etwa 100 und für die Legehennenhaltung mit etwa 500 Tieren im bäuerlichen Familienbetrieb anzusetzen. Bei Einstellung von Spezialarbeitskräften sind wesentlich größere Bestände erforderlich.

Die Milchkuhhaltung

Über die Bestandsgrößen in der Milchkuhhaltung liegen für 1959 und 1963 vergleichbare Ergebnisse vor. In dieser relativ kurzen Vergleichszeit von 4 Jahren sind erhebliche Veränderungen eingetreten. Von 1959 bis 1963 verminderte sich die Zahl der Milchkuhhalter um 5 722 (12%), während gleichzeitig der Kuhbestand um 30 906 (7%) aufgestockt wurde. Dadurch erhöhte sich die durchschnittliche Bestandsgröße von 8,9 auf 10,8.

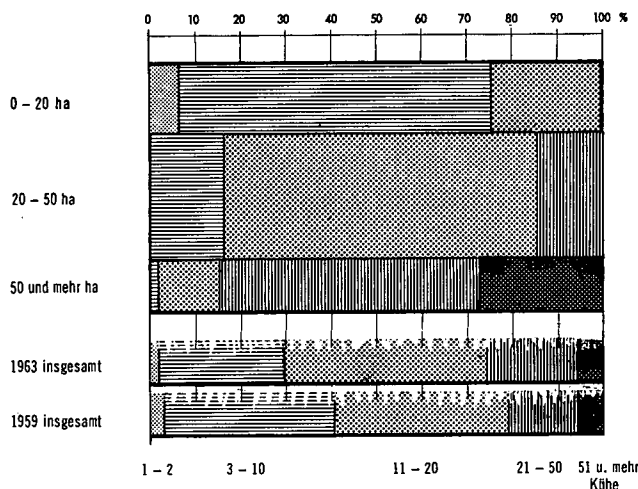
Vermindert hat sich nur die Zahl der Halter mit kleinen Beständen. Die Zahl der Haltungen mit 1 oder 2 Kühen, die überwiegend der Eigenversorgung dienen, ging von 8 831 auf 5 848 um 34% zurück. 13% aller Kuhhalter hatten 1963 noch 1 - 2 Kühe gegenüber 18% im Jahre 1959. Von den Milchkühen standen 1963

Die Milchkuhhalter nach Bestandsgrößen 1963

Größenklasse nach der LN in ha	Milch- kuhhalter Insgesamt	davon mit Beständen von ... Milchkühen in %					Kühe je Halter
		1 - 2	3 - 10	11 - 20	21 - 50	51 und mehr	
0 - 20	22 515	23,6	65,1	11,1	0,1	-	5,8
20 - 50	17 822	2,1	26,0	63,8	8,2	0,0	13,5
50 und mehr	3 531	4,4	7,9	22,6	56,1	9,1	28,5
Insgesamt	43 868	13,3	44,6	33,4	7,9	0,7	10,8
dagegen 1959	49 590	17,8	52,7	23,9	5,1	0,6	8,9

D 3435

Die Milchkuhbestände nach Bestandsgrößen in den Betriebsgrößenklassen 1963



2% in diesen Bestandsgrößen. Die größte Zahl der Haltungen bestand auch 1963 noch aus 3 - 10 Kühen, obwohl sich deren Zahl in der Vergleichszeit von 26 124 auf 19 565 um 25% verminderte und der Anteil dieser Haltungen auf 45% zurückging. Von den Kühen standen 1963 noch 28% in Beständen von 3 - 10 Stück gegenüber 38% im Dezember 1959.

Um 24% zugenommen haben die Haltungen von 11 - 20 Kühen, die damit ihren Anteil auf 33% erhöhen konnten. Auf diese Bestandsgrößenklasse entfielen im Dezember 1963 die meisten (45%) der Milchkühe.

Zugenommen haben auch die Haltungen mit 21 - 50 und mit 51 und mehr Kühen. Von allen Kuhhaltern hatten allerdings auch 1963 erst 8,6% mehr als 20 Kühe. Nur 321 Halter hatten Bestände von mehr als 50 Kühen. Von den Milchkühen standen 26% in Herden von mehr als 20 Stück.

Die Milchviehhaltung ist ein flächenabhängiger oder bodengebundener Betriebszweig. Daher ist die Bestandsgröße weitgehend abhängig von der Größe des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes und von der Größe der Futterflächen. Darüber hinaus spielen jedoch auch die Leistung der Futterflächen und die Zusammensetzung des Viehbestandes eine Rolle.

Die Abhängigkeit der Bestandsgröße von der Größe des landwirtschaftlichen Betriebes wird deutlich bei der Unterteilung der Haltungen nach Betriebsgrößenklassen.

Mehr als die Hälfte aller Kuhhaltungen und 34 bzw. 28% aller Kühe waren 1959 und 1963 in Kleinstbetrieben oder kleinbäuerlichen Betrieben unter 20 ha LN zu finden. Die Zahl dieser Betriebe nimmt laufend ab, ebenso die Zahl der Kuhhaltungen in dieser Betriebsgrößenklasse. Ausreichend große Bestände wurden in den Betrieben unter 20 ha LN nur vereinzelt erreicht, obwohl auch hier eine Tendenz zu größeren Beständen zu erkennen ist. Die Zahl der Kuhhalter mit Beständen von 10 und weniger Milchkühen und weniger als 20 ha LN verringerte sich von knapp 27 800 im Dezember 1959 auf weniger als 20 000 im Dezember 1963, also um 28%.

In der Gruppe der mittelbäuerlichen Betriebe von 20 - 50 ha LN wie auch in der Betriebsgrößenklasse von 50 und mehr ha LN hat die Zahl der Milchkuhhalter in der Vergleichszeit zugenommen. Das entspricht der allgemeinen Zunahme der Zahl der mittel- und großbäuerlichen Betriebe.

In beiden Größenklassen stiegen Zahl und Anteile der größeren Bestände. Die Zunahme der 1- und 2-Kuhhalter in diesen Größenklassen dürfte dadurch bedingt sein, daß eine - absolut kleine - Zahl von Betrieben die Milchviehhaltung als eigentlichen Betriebszweig aufgegeben hat und 1 oder 2 Kühe zur Versorgung des eigenen Haushalts und der Deputathaushalte behalten hat.

Für die Milcherzeugung des Landes kommt der Betriebsgrößenklasse 20 - 50 ha LN die größte Bedeutung zu. Auf sie entfallen mehr als die Hälfte aller Milchkühe. Abgenommen hat in dieser Größenklasse nur die Zahl der Halter mit 3 - 10 Kühen, deren Anteil von 39% auf 26% zurückging. Am stärksten verbreitet sind in dieser Größenklasse Haltungen mit 11 - 20 Kühen, deren Zahl von 1959 bis 1963 noch um 2 344 (26%) zunahm. 1963 entfielen auf diese Bestandsgröße 64% der Halter und 69% der Milchkühe dieser Betriebs-

größtenklasse. Nur 8% der Halter mit 20 - 50 ha LN besaßen im Dezember 1963 mehr als 20 Kühe. Die Entwicklung führte hier bisher hauptsächlich zu Beständen von 11 - 20 Kühen.

Anders bei den Betrieben mit 50 und mehr ha LN. Hier haben nicht nur die Haltungen mit 3 - 10, sondern auch die mit 11 - 20 Kühen abgenommen. Trotzdem hielt 1963 noch ein Drittel der Milchkuhhalter in dieser Größenklasse Herden von 20 und weniger Kühen. Zugenommen haben hier jedoch die Haltungen mit mehr als 20 Milchkuhen. 1963 hatten in dieser Größenklasse 56% der Halter 21 - 50 und weitere 9% der Halter 51 und mehr Kühe. Von den Kühen standen in dieser Größenklasse 57% in Herden von 21 - 50 und 27% in Herden von 51 und mehr Stück. Von allen Milchkuhhaltern des Landes entfallen allerdings nur 8% auf Betriebe mit 50 und mehr ha LN, von den Milchkuhbeständen 21%.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich die Milchviehhaltung zunehmend auf weniger und größere Bestände konzentriert. Damit werden die Möglichkeiten zur Rationalisierung und Stückkostensenkung dieses wichtigen Betriebszweiges verbessert. Ausreichend große Bestände waren jedoch auch 1963 nur in wenigen und fast nur in Betrieben mit 50 und mehr ha LN zu finden, wenn man die Mindestbestandsgröße mit etwa 20 Milchkuhen annimmt. Aber auch wenn man diese Grenze niedriger, mit etwa 15 Milchkuhen ansetzt, überschritten 1963 noch nicht ein Fünftel der Halter diese Grenze.

Die Milchkuh-Bestandsgrößen in den Naturräumen

Die Unterschiede in der Betriebsgrößenstruktur, in den Grünlandanteilen und besonders in der Wirtschaftsweise zwischen den Hauptnaturräumen bedingen auch Unterschiede in der Struktur der Rindviehhaltung und damit unterschiedliche Anteile der Milchviehbestandsgrößen.

In der Marsch wurden 1963 7 007 Milchkuhhalter, das sind 16% aller Kuhhalter Schleswig-Holsteins, und knapp 54 000 Kühe, 11% vom Bestand des Landes, gezählt. Die durchschnittliche Bestandsgröße aller Milchviehhaltungen liegt in der Marsch mit 7,7 erheblich unter dem Landesdurchschnitt. Über 70% der Halter hatten dort bis zu 10 Kühen, nur 2,7% über 20 Kühe. Bestände von über 50 Stück Milchvieh kamen in der Marsch nicht vor.

Von der Marsch nehmen dann über die Hohe Geest und Vorgeest bis zum Hügelland die größeren Kuhbestände anteilmäßig zu. Im Hügelland hatten 1963 schon 13% der Halter

Die Milchvieh-Bestandsgrößen in den Naturräumen am 3. Dezember 1963

a) Milchkuhhalter

Naturraum	Halter	davon mit Beständen von ... Milchkuhen in %					Kühe je Halter
		1 - 2	3 - 10	11 - 20	21 - 50	51 u. mehr	
Marsch	7 007	20,9	51,6	24,8	2,7	-	7,7
Hohe Geest	13 803	11,7	48,8	33,3	6,1	0,2	10,0
Vorgeest	7 068	8,9	41,7	40,3	8,8	0,2	11,4
Hügelland	15 990	13,4	39,2	34,4	11,3	1,7	12,5

b) Milchkuhe

Naturraum	Kühe	davon in Beständen von ... Kühen in %				
		1 - 2	3 - 10	11 - 20	21 - 50	51 u. mehr
Marsch	53 808	4,3	41,3	45,7	8,7	-
Hohe Geest	137 909	1,9	32,9	47,5	15,8	1,9
Vorgeest	80 696	1,3	25,8	51,0	20,3	1,6
Hügelland	199 960	1,7	21,0	40,0	25,3	11,9

mehr als 20 Milchkuhe. Obwohl im Hügelland der Anteil der 1- bis 2-Kuhhalter relativ hoch war, lag die durchschnittliche Bestandsgröße mit 12,5 Kühen je Halter merklich über dem Landesdurchschnitt.

Die Schweinehaltung

Die Zahl der Schweinehaltungen wurde je nach Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche unterschiedlich aufbereitet. Halter mit weniger als 2 ha LN wurden nach der Größe der Bestände geordnet, Halter mit 2 und mehr ha LN dagegen nach der Stärke des Schweinebesatzes je ha LN.

Nur in den Jahren 1957 und 1963 wurden sämtliche Haltungen durch die Sonderaufbereitungen erfaßt. Die Ergebnisse der Jahre 1959 und 1961 sind nur in Teilzahlen vergleichbar, da hier kleine Haltungen unberücksichtigt blieben.

Schweinehalter mit weniger als 2 ha LN

Von 1957 bis 1963 ging die Zahl der Schweinehaltungen in Betrieben von weniger als 2 ha LN von 52 510 auf knapp 32 000 um 39% zurück. Die Zahl der Schweine in diesen Betrieben nahm dagegen noch um 9% zu. Es hat also eine starke Konzentration auf weniger und größere Bestände stattgefunden. 1963 entfielen im Durchschnitt 5,8 Schweine auf einen Halter gegenüber 3,2 im Dezember 1957.

Aufgegeben wurden per Saldo nur Kleinbestände, die zumeist der Selbstversorgung mit Schweinefleisch dienten. Von 1957 bis 1963 ging die Zahl der Halter mit 1 - 10 Schweinen fast auf die Hälfte zurück. Diese Kleinhaltungen machten allerdings auch 1963

Schweinehalter und Schweine in Betrieben mit weniger als 2 ha LN nach Bestandsgrößen

Schweine je Haltung	Halter			Schweine		
	1957	1963	Verände- rung in %	1957	1963	Verände- rung in %
	Anzahl			Anzahl		
1 – 10	50 468	28 784	– 43	110 334	74 387	– 33
11 – 20	1 347	1 838	+ 36	19 019	26 395	+ 39
21 – 50	502	963	+ 92	15 124	28 941	+ 91
51 und mehr	193	379	+ 96	25 854	55 544	+ 115
Insgesamt	52 510	31 964	– 39	170 331	185 267	+ 9

noch 90% aus bei den Betrieben unter 2 ha LN. Stark zugenommen hat dagegen die Zahl der Haltungen mit 11 - 20 Schweinen. Die Haltungen mit 21 - 50 und 51 und mehr Schweinen haben sich in der Vergleichszeit fast verdoppelt.

Schweinehalter mit 2 und mehr ha LN

Von den Schweinehaltern mit 2 und mehr ha LN wurden bei dieser Aufbereitung nur diejenigen erfaßt, die mindestens 5 Schweine besaßen, außerdem blieben Haltungen mit einer Besatzstärke von weniger als 2 Schweinen je ha unberücksichtigt. Bei den letzteren kann es sich beispielsweise um einen Betrieb von 5 ha LN und 9 Schweinen, aber auch um einen Betrieb von 150 ha und 299 Schweinen handeln. In den oberen Betriebsgrößenklassen wurden also nur Haltungen mit größeren Beständen erfaßt.

Die Ergebnisse einer Auszählung nach der Besatzstärke zeigen ebenfalls eine Konzentration der Schweinehaltung auf weniger und größere Bestände. In den unteren Betriebsgrößenklassen hat die Zahl der Betriebe mit geringer Besatzstärke - hier gleichbedeutend mit kleinen Beständen - abgenommen zugunsten der Betriebe mit höherer Besatzstärke (größere Bestände). In den oberen Betriebsgrößenklassen von etwa 10 ha LN an nahm auch die Zahl der Haltungen mit geringerer Besatzstärke zu. Eine Besatzstärke von 2 Schweinen je ha LN bedeutet jedoch z. B. in einem 15-ha-Betrieb schon einen Bestand von 30 Stück.

Läßt man die Besatzstärke einmal unberücksichtigt und betrachtet die Gesamtzahl der Haltungen und der Schweine in Betrieben mit 2 und mehr ha LN, so ergibt sich folgendes Bild:

Von 1957 bis 1963 hat die Zahl der Halter mit 2 und mehr ha LN um fast 14% abgenommen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Schweine in diesen Betrieben um 26%. Dadurch erhöhte

Schweinehalter und Schweine in Betrieben mit 2 und mehr ha LN

Jahr (Dezember)	Schweinehalter	Schweine	Ø-Bestandsgröße
1957	46 027	1 127 841	24,5
1963	39 636	1 416 115	35,7
Veränderung 1963 gegenüber 1957 in %	- 13,9	+ 25,6	+ 45,7

sich die durchschnittliche Bestandsgröße auf 36, d. h. um 46% innerhalb von sechs Jahren.

Die Legehennenhaltung

Sonderaufbereitungen der Legehennenhaltungen wurden nur aus dem Material der Dezemberzählungen der Jahre 1961 und 1963 vorgenommen. 1961 wurden Haltungen mit weniger als 20 Hennen nicht erfaßt.

Anteile der Bestandsgrößen in der Legehennenhaltung

Bestandsgröße	Legehennenhalter 1963	Legehennen	
		1961	1963
		Anzahl	
Insgesamt	120 583	13 671 343	13 613 124
davon Bestände mit...Legehennen		in %	
1 — 49	90,3	39,2	40,1
50 — 499	9,0	34,0	31,9
500 — 999	0,4	9,5	9,5
1 000 — 2 999	0,2	10,5	11,2
3 000 und mehr	0,0	6,8	7,3

Von allen Legehennenhaltern besaßen 1963 über 90% weniger als 50 Hennen, davon wiederum die Mehrzahl weniger als 20 Hennen. Rund 40% aller Hühner wurden 1961 wie 1963 in Kleinbeständen von weniger als 50 Hennen, die überwiegend der Selbstversorgung des Halters dienen, nachgewiesen. 9% der Haltungen besaßen 1963 50 - 499 Hennen. Auf diese Bestandsgröße entfielen 1961 und 1963 etwa ein Drittel der Hennen. Nur 0,6% aller Halter hielten 1963 500 und mehr Legehennen. Auf diese Bestandsgrößen entfielen 1961 knapp 27% und 1963 28% aller Legehennen.

Die größte Zahl der Kleinhühnerhalter ist in Betrieben oder Haushalten mit weniger als 2 ha LN zu finden, aber auch in den Betriebsgrößenklassen über 2 ha LN stellen sie den Hauptanteil. Größere Haltungen sind in allen Betriebsgrößenklassen zu finden, ihr Anteil steigt mit der Betriebsgröße. Absolut stellen die Betriebsgrößenklassen von 2 - 20 ha LN und von 20 - 50 ha LN die größte Zahl von Großhaltungen.

Im Durchschnitt aller Halter Schleswig-Holsteins wurden 1963 30 Legehennen gehalten.

Die Masthühnerhaltung

Aus den Unterlagen der Dezemberzählung 1961 und 1963 wurden auch die Masthühnerhalter mit Beständen von mindestens 500 Stück nach drei Bestandsgrößenklassen, 1963 außerdem nach Betriebsgrößenklassen ausgezählt.

Masthühnerhalter und Masthühner in Schleswig-Holstein

Bestandsgröße	Masthühnerhalter		Masthühner ¹ in 1000	
	1961	1963	1961	1963
1 – 499	.	.	26,7	32,9
500 – 2 999	16	32	29,1	40,1
3 000 – 9 999	9	22	47,0	103,5
10 000 und mehr	3	5	49,5	74,3
Insgesamt	.	.	152,3	250,8

1) Masthühner und -hähne einschl. der zur Mast bestimmten Küken

Die Masthühnerbestände wurden im Laufe der zwei Vergleichsjahre um 65% aufgestockt. Gleichzeitig nahm die Zahl der Haltungen von 500 und mehr Tieren auf mehr als das Doppelte zu. Wie die obige Übersicht zeigt, wird dieser Betriebszweig hauptsächlich mit

Großbeständen durchgeführt. 1961 standen 82%, 1963 87% der Masthühner in Beständen von 500 und mehr Stück. 71% der Tiere wurden 1963 in Beständen von 3 000 und mehr Tieren nachgewiesen. Haltungen mit 10 000 und mehr Tieren gab es 1963 nur fünf. In diesen fünf Haltungen standen 29% des Gesamtbestandes an Masthühnern.

Die Ergebnisse der Aufbereitung nach Betriebsgrößenklassen von Dezember 1963 zeigen, daß die Mehrzahl der Hühnermäster weniger als 2 ha LN besaß. Die Hühnermast wird also überwiegend von gewerblichen Betrieben durchgeführt. Landwirtschaftliche Betriebe mit Großbeständen gibt es bisher nur sehr wenige.

Seit 1957 wurde alle zwei Jahre das Material der Dezemberzählungen bei einigen Tierarten nach Größenklassen der LN und nach Bestandsgrößenklassen, bei Schweinen teilweise nach der Besatzstärke, aufbereitet. Die Ergebnisse vom Dezember 1963 sind mit denen früherer Jahre nur teilweise oder gar nicht vergleichbar, da sich die Erfassungsgrenzen vielfach geändert haben. Vergleichbare Ergebnisse liegen für die Schweinehaltung von 1957, für die Milchkuhhaltung von 1959 und für die Legehennenhaltung von 1961, vor. Trotz der Kürze der übersehbaren Zeiträume sind aus den Ergebnissen klare Entwicklungsrichtungen erkennbar.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Die Nutztviehhaltung in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1964 (Mai, Juni und Juli)

Die Straßenverkehrsunfälle im Jahre 1963

Auf den ersten Blick macht die Entwicklung der Straßenverkehrsunfälle in den letzten Jahren und besonders 1963 einen beruhigenden Eindruck. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden ist seit 1961 von 13 200 auf 12 600 gesunken. Sie ist damit niedriger als in den 3 vorhergehenden Jahren. Auch die Zahl der Verunglückten ist erstmalig auf 17 000 zurückgegangen und liegt auch unter der von 1960.

Schon in den Darstellungen der Unfälle in den Jahren 1961 und 1962¹ ist darauf hingewiesen worden, daß sich keineswegs ein stationärer Zustand herausgebildet hat mit gleichbleibenden Zahlen der Unfälle und der Verunglückten. Vielmehr ist das Unfallgeschehen die Summe von gegenläufigen Tendenzen. Es gibt Faktoren,

die zum Besseren, aber auch welche, die zum Schlechteren hin wirken. In den letzten Jahren haben sie sich ungefähr die Waage gehalten. Es ist aber zu erwarten, daß in Zukunft die verschlechternden Faktoren die Überhand gewinnen und daß die Unfälle wieder zunehmen und dabei mehr Menschen verunglücken werden. Diese Voraussage läßt sich aus den Ergebnissen für das Jahr 1963 ablesen.

Für alle Untersuchungen muß man wegen der völlig anderen Struktur des Verkehrs nach Ortslagen trennen, also den Verkehr innerhalb der Ortschaften und den auf freier Strecke gesondert betrachten. Schon bei dieser Trennung zeigen die beiden Unfallzahlen gegenläufige Entwicklung. Die Unfälle innerhalb der Ortschaften gehen nämlich seit 3 Jahren zurück. In diesem Jahr trifft das zum ersten Mal für alle Straßenarten zu. Die Gründe

1) Stat. Monatsh. S.-H. 1963 (Januar und September)

Unfälle mit Personenschaden

Straßenart	Innerhalb				Außerhalb			
	von Ortschaften							
	1962	Veränderung gegenüber 1961 in %	1963	Veränderung gegenüber 1962 in %	1962	Veränderung gegenüber 1961 in %	1963	Veränderung gegenüber 1962 in %
Bundesautobahnen	118	+ 0,9	188	+ 59,3
Bundesstraßen	2 606	+ 0,9	2 386	- 8,4	2 422	+ 15,9	2 478	+ 2,3
Landstraßen I. O.	1 705	- 10,3	1 589	- 6,8	1 262	- 11,3	1 287	+ 2,0
Landstraßen II. O.	306	- 10,5	265	- 13,4	292	- 10,7	344	+ 17,8
Andere Straßen	3 812	- 2,8	3 605	- 5,4	445	- 10,5	447	+ 0,4
Insgesamt	8 429	- 3,6	7 845	- 6,9	4 539	+ 1,9	4 744	+ 4,5

liegen in erster Linie darin, daß der städtische Verkehr immer dichter wird und damit zu langsamen Tempo zwingt. Hierbei kommt es zwar häufig zu Zusammenstößen. Sie führen aber immer seltener zu Personenschäden. Rund die Hälfte aller Unfälle mit Personenschaden in den Ortschaften sind solche, bei denen Fahrzeuge zusammenstoßen oder aufeinander auffahren, die übrigen Alleinunfälle oder Unfälle mit Fußgängern. Auch die Tatsache, daß die Zweiradfahrer (Motorräder, Mopeds und Fahrräder), die bei Zusammenstößen durch keinen Fahrzeugaufbau geschützt werden, immer seltener werden, hat die Tendenz zum Guten verstärkt.

Die Unfälle auf freier Strecke sind dagegen ständig häufiger geworden. Zwar war die Zuwachsrate 1962 mit 1,9% recht niedrig, sie ist aber 1963 schon wieder auf 4,5% gewachsen. Auf allen Straßenarten ereigneten sich mehr Unfälle. Diese unterschiedliche Entwicklung hat dazu geführt, daß die Unfälle außerhalb der Ortschaften 1963 bereits 38% aller Unfälle ausmachten gegenüber nur 32% im Jahre 1960. Das gesamte Unfallgeschehen wird also in immer stärkerem Maße von den Unfällen auf freier Strecke bestimmt. Daß hier aber eine unveränderte Tendenz zum Schlechteren besteht, ist unbestreitbar. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann sie sich insgesamt durchsetzt.

Noch klarer als an der Zahl der Unfälle ist die Entwicklung an den Verunglückten zu erkennen. Man kann sich hierbei auf die Getöteten und Schwerverletzten beschränken, nicht nur weil sie die wichtigsten und folgeschwersten Fälle sind, sondern weil auch die Abgrenzung der Leichtverletzten zu den nicht Beschädigten unklarer ist. Außerdem werden Alleinunfälle mit leichten Verletzungen der Polizei oft nicht bekannt. Die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten ist also zuverlässiger.

Es fällt schon auf, daß diese Zahl im Gegensatz zu den Unfällen nicht zurückgegangen ist. Sie betrug 1960 5 931, stieg bis auf 6 043 im Jahre 1962 und erreichte mit 6 013 auch 1963 praktisch die gleiche Höhe. Bei der Trennung nach Ortslagen zeigt sich die gleiche Spaltung in verschiedene Tendenzen wie bei den Unfällen. Allerdings ist der Rückgang innerhalb der Ortschaften nicht so klar, sondern wurde 1962 durch eine Zunahme unterbrochen. Die ständige, neuerdings wieder steigende Zunahme auf freier Strecke ist dagegen auch hier zu finden.

Die Zahl der Verunglückten gestattet eine nähere Analyse, da sie sich nach der Art der Verkehrsbeteiligung zerlegen läßt. Diese Zerlegung ist sehr aufschlußreich, da sie den Strukturwandel des Verkehrs zeigt und Entwicklungslinien offen legt. So zeigt die Tabelle 2 für den Verkehr in den Ortschaften rückläufige Zahlen für alle Zweiradfahrer, die vor allem auf die abnehmende Benutzung dieser Fahrzeuge zurückzuführen sind. Bemerkenswert sind die schon seit Jahren hohen Zuwachsraten für die Benutzer von Personewagen. Die Zahl der verunglückten Fußgänger ändert sich demgegenüber verhältnismäßig wenig. Ungefähr die gleichen Entwicklungen trifft man auch auf freier Strecke, nur daß hier die Gruppen andere Gewichte haben. Zwei Drittel der Verunglückten sind hier Autofahrer gegenüber einem knappen Drittel in den Städten.

Um für eine Prognose einen besseren Überblick zu gewinnen, sind im Bild nur die wichtigsten Gruppen für einen längeren Zeitraum dargestellt. Man sieht, daß in den Ortschaften die Zahl der verunglückten Autofahrer bis 1959 abgenommen hat. Das kann eine Folge der Geschwindigkeitsbegrenzung sein. Seitdem steigt die Zahl an und hat sich innerhalb dreier Jahre verdoppelt. Dieser

In der nebenstehenden Grafik sind die Erwerbspersonen an ihrem Arbeitsort dargestellt, d. h. dort, wo sie ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Zahl der Erwerbspersonen eines Ortes wurde dafür um die Einpendler erhöht und um die Auspendler vermindert.

Dargestellt sind die Erwerbspersonen in den Ämtern, amtsfreien Gemeinden und Städten, und zwar so, daß eine bestimmte Fläche einer bestimmten Zahl von Erwerbspersonen entspricht.

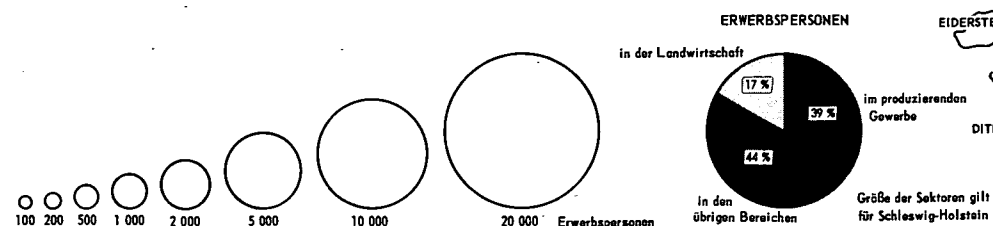
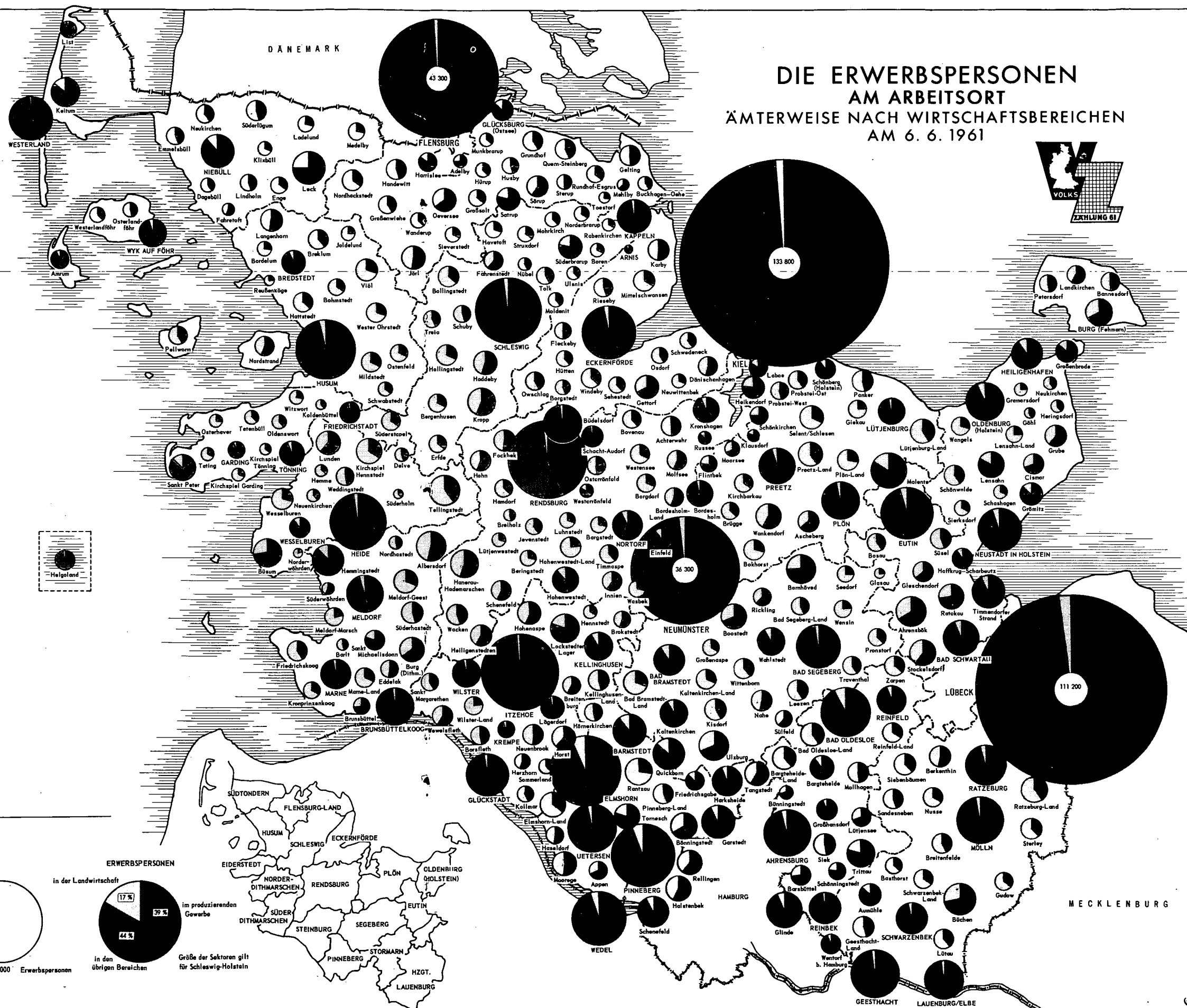
Von den 986 000 in unserem Land ansässigen Erwerbspersonen gehen 70 000 einer Beschäftigung in Hamburg nach. 7 000 Hamburger und Niedersachsen pendeln täglich in unser Land ein. In der Grafik sind also gegenüber den im Lande ansässigen Erwerbspersonen 63 000 weniger dargestellt. Diese Einbuße zeigt sich bei den Orten, die an der Peripherie Hamburgs liegen. So wohnen von den 70 000 Pendlern nach Hamburg allein 62 000 oder neun Zehntel in den angrenzenden Kreisen Pinneberg, Stormarn und Hzt. Lauenburg.

Neben Hamburg ziehen vor allem die kreisfreien Städte Arbeitskräfte an. 38 000 Erwerbspersonen (= 13%) arbeiten dort mehr als dort wohnen. Den stärksten Zuwachs an Erwerbspersonen erfährt Kiel mit 20 000 (= 18%).

Unsere Darstellungsform der Arbeitsortbevölkerung läßt die wirtschaftliche Struktur der Ämter und Städte in anderer Weise hervortreten, als dies in einer Darstellung der Wohnortbevölkerung der Fall wäre. Die Bedeutung der Landwirtschaft auf dem flachen Lande wird auf diese Weise deutlicher. Für die Städte gibt das Verhältnis der "übrigen Bereiche" (Handel, Verkehr und Dienstleistungen) zum "Produzierenden Gewerbe" einen guten Hinweis auf deren spezielle Struktur (siehe z. B. Kiel, Neumünster, Flensburg).

Andererseits läßt die Karte erkennen, wie stark der wirtschaftliche Schwerpunkt einzelner Ämter und Gemeinden von deren Lage bestimmt wird: In den Bädern an der Nord- und Ostseeküste z. B. überwiegt eindeutig das "Dienstleistungsgewerbe".

DIE ERWERBSPERSONEN AM ARBEITSORT ÄMTERWEISE NACH WIRTSCHAFTSBEREICHEN AM 6. 6. 1961



Getötete und Schwerverletzte

Art der Verkehrsbeteiligung	Innerhalb				Außerhalb			
	von Ortschaften							
	1962	Veränderung gegenüber 1961 in %	1963	Veränderung gegenüber 1962 in %	1962	Veränderung gegenüber 1961 in %	1963	Veränderung gegenüber 1962 in %
Auf Kraftködern	386	- 15	292	- 24	272	- 38	232	- 15
Personenkraftwagen	813	+ 21	912	+ 12	1 779	+ 16	1 946	+ 9
Lastkraftwagen	66	+ 16	53	- 20	111	+ 21	135	+ 22
Mopeds	298	- 25	231	- 22	158	- 26	125	- 21
Fahrrädern	429	- 7	422	- 2	188	- 3	212	+ 13
Als Fußgänger	1 161	+ 12	1 096	- 6	293	- 3	276	- 6
Andere	47	+ 81	33	- 30	42	+ 24	48	+ 14
Insgesamt	3 200	+ 3	3 039	- 5	2 843	+ 1	2 974	+ 5

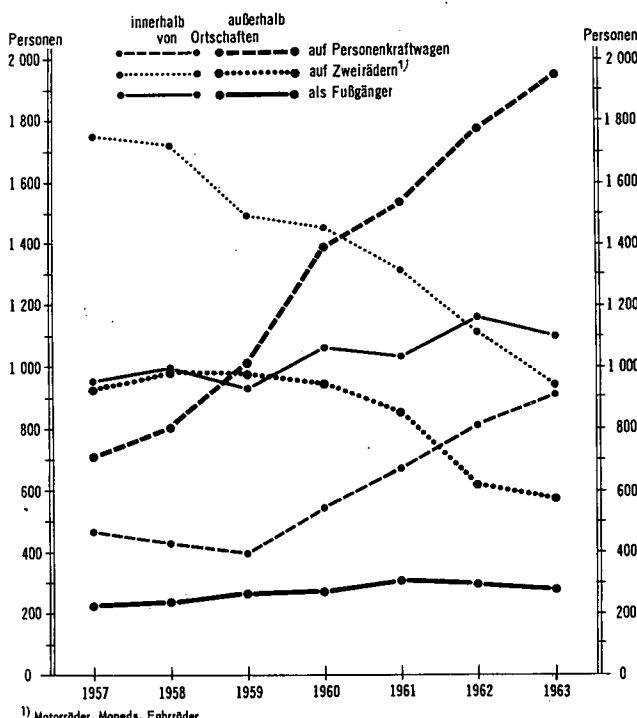
Anstieg wird aber ausgeglichen durch das Absinken bei den Zweiradfahrern. Beide Gruppen haben jetzt die gleiche GröÙe erreicht. Das weitere Ansteigen kann nur noch kurze Zeit kompensiert werden, da die rückläufige Zahl nicht ins Bodenlose sinken kann, sondern bei Null ihre logische Grenze findet. Praktisch wird der Rückgang sich bald abschwächen und die Kurve flacher werden. Es wird dann kein vollständiger Ausgleich mehr möglich sein. Die Kurve für die Fußgänger zeigt leicht steigende Tendenz. Nach der Neu-

regelung für die Fußgängerübergänge läÙt sich noch nicht übersehen, ob es dabei bleibt. Wenn nicht von hier ein Ausgleich kommt, wird 1964 bereits die Zahl der Toten und Schwerverletzten in den Ortschaften wieder höher liegen. In 2 bis 3 Jahren dürften mehr Autofahrer als Fußgänger schwer verunglücken.

Bei den Unfällen auf freier Strecke war in den vergangenen Jahren ein Ausgleich zwischen den Gruppen nicht möglich, sodaÙ das Zunehmen der Zahl der verunglückten Autofahrer die Gesamtrendenz bestimmte. Ihre Zahl hat sich von 1959 bis 1963 fast verdoppelt mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 235 Personen. Die 570 verunglückten Zweiradfahrer bieten kaum noch ein Gegengewicht, um einen solchen Zuwachs auszugleichen. Da die Zahl der Fußgänger niedrig, aber auch recht konstant ist, kann man voraussagen, daß die Gesamtzahl fast in dem Maße steigen wird, wie es die Zahl der verunglückten Autobenutzer tut.

Fast die Hälfte aller Toten und Schwerverletzten waren 1963 Autofahrer. Die fast 2 000 hiervon, die auf freier Strecke verunglückten, stellen die größte Gruppe unter den Unfallopfern dar, die zudem noch die stärkste Tendenz zur Vergrößerung zeigt. Der Schwerpunkt dieser Entwicklung liegt bei den Alleinunfällen. Das sind Unfälle, an denen nur 1 Fahrzeug allein beteiligt ist. Es gibt hierbei keine schuldlos Beteiligten, sondern im allgemeinen hat der Fahrer den Unfall auch selbst verursacht. 1961 ereigneten sich auf freier Strecke 532 Alleinunfälle von Personenwagen, bei denen es Tote oder Schwerverletzte gab. Diese Zahl stieg bis 1963 um 36% auf 722. Gleichzeitig ging die entsprechende Zahl für alle übrigen Verkehrs-

Bei Strassenverkehrsunfällen
Getötete und Schwerverletzte



Verunglückte in Schleswig-Holstein

Art der Verkehrsbeteiligung	Innerhalb			Außerhalb		
	von Ortschaften					
	Verunglückte		Schwere der Personen- schäden	Verunglückte		Schwere der Personen- schäden
	Anzahl	in %		Anzahl	in %	
Auf Krafträdern	1 073	11	3,7	534	7	7,7
Personenkraftwagen	3 529	36	3,5	4 962	69	6,5
Lastkraftwagen	259	3	2,6	382	5	5,5
Mopeds	878	9	3,6	292	4	7,5
Fahrrädern	1 528	16	3,8	454	6	8,8
Als Fußgänger	2 402	24	8,4	455	6	15,4
Andere	154	2	2,7	132	2	5,7
Insgesamt	9 823	100	4,5	7 211	100	7,0

1) Getötete und Schwerverletzte je 10 Leichtverletzte

teilnehmer von 295 auf 216 zurück. An entsprechenden Unfällen, aber mit mehreren Teilnehmern, waren 1961 1 284 Autos beteiligt, 1963 aber 1 509, also nur 18% mehr. Die Alleinunfälle mit schweren Folgen haben so stark zugenommen, daß 1963 außerhalb der Ortschaften schon jeder Dritte überhaupt an einem schweren Unfall beteiligte Autofahrer allein verunglückte. Die Unfälle der Autofahrer auf freier Strecke sind auch besonders schwer, denn auf sie entfällt ein Drittel aller Toten und Schwerverletzten, aber nur 27% der Leichtverletzten. Es ist also weniger die zunehmende Dichte des Verkehrs, die die Unfallzahl in die Höhe treibt, als vielmehr die Fahrweise der Autofahrer, die bis an den Rand des Möglichen gehen und dann leicht die Herrschaft über ihr Fahrzeug verlieren.

Es ist in diesem Zusammenhang noch aufschlußreich, daß von den 985 außerhalb von Ortschaften getöteten und schwerverletzten Führern von Personenkraftwagen 40% im Alter von 18 - 24 Jahren und weitere 28% im Alter von 25 - 34 Jahren standen. Andererseits benutzten 70% aller auf freier Strecke schwer verunglückten Fahrzeugführer dieser Altersjahrgänge einen Personenwagen. Es sind also besonders die jungen Fahrer, die sich und ihr Fahrzeug überfordern.

Auch die Gesamtzahl der Verunglückten, also einschließlich der Leichtverletzten, soll betrachtet werden, da sie einige weitere Aufschlüsse zu geben vermag. Sie ist von 17 500 im Jahre 1962 erstmalig auf 17 000 um 3% gesunken. Gliedert man aber nach Ortslagen,

so ergaben sich ähnliche Änderungen wie bei den Unfällen. Innerhalb der Orte verunglückten 7% weniger Menschen, außerhalb aber 4% mehr. Das ist eine etwas günstigere Entwicklung, als sie die Zahl der Toten und Schwerverletzten zeigt. Sie entsteht dadurch, daß der Anteil der Leichtverletzten zurückgegangen ist, die Personenschäden also schwerer wurden. Genau wie im Vorjahre verunglückten auch 1963 1,25 Personen je Unfall in den Ortschaften und 1,52 auf freier Strecke.

Genau die Hälfte aller Unfallopfer sind Autofahrer. Im Vorjahre waren es noch 46%. Für die einzelnen Ortslagen stiegen die Anteile von 32 auf 36% innerhalb und von 66 auf 69% außerhalb der Ortschaften. Der entsprechende Rückgang lag bei den Motorrad- und Mopedfahrern. Die Radfahrer erhöhten in den Städten ihren Anteil etwas trotz rückläufiger absoluter Zahlen. Die Fußgänger stellen hier nur 24% der Verunglückten gegen 36%, mit denen sie an Toten und Schwerverletzten beteiligt sind. Man sieht hieran, wie schwer ihre Personenschäden sind.

Diese sind noch in einer besonderen Maßzahl in der Tabelle angegeben: den Getöteten und Schwerverletzten je 10 Leichtverletzte. In den Orten hat die Schwere von 4,4 auf 4,5 zugenommen. Das liegt an einem leichten Anstieg bei den Zweiradfahrern und einem recht kräftigen (von 3,2 auf 3,5) bei den Autofahrern. Auf freier Strecke blieb die Schwere gleich, obwohl es bei den einzelnen Arten der Verkehrsbeteiligung einige Schwankungen gab. Bei den Autobenutzern änderte sie sich aber nicht.

Verunglückte im Bundesgebiet

Art der Verkehrsbeteiligung	Innerhalb			Außerhalb		
	von Ortschaften					
	Verunglückte		Schwere der Personen- schäden ¹	Verunglückte		Schwere der Personen- schäden ¹
Anzahl	in %	Anzahl		in %		
Auf Kraftträdern	34 532	12	4,0	12 555	8	9,2
Personenkraftwagen	103 649	37	2,7	107 152	69	5,5
Lastkraftwagen	7 371	3	3,0	9 036	6	4,9
Mopeds	25 607	9	4,0	6 720	4	9,1
Fahrrädern	37 606	13	4,1	8 086	5	10,1
Als Fußgänger	66 772	24	8,3	9 954	6	15,4
Andere	6 881	2	1,8	2 754	2	4,3
Insgesamt	282 418	100	4,2	156 257	100	6,4

1) Getötete und Schwerverletzte je 10 Leichtverletzte

Die gleichen Strukturwandlungen zeigen sich auch im Bundesgebiet. Hier ist die Zahl der Unfallopfer in den Ortschaften um 2% gesunken, außerhalb um 1% gestiegen. Die Anteile der Verunglückten sind aber die gleichen wie in Schleswig-Holstein. Auch gegenüber dem Vorjahre haben sie sich ganz ähnlich verschoben. Der bemerkenswerte Unterschied liegt in der Schwere der Personenschäden, die insgesamt im Bundesdurchschnitt leichter sind. Im einzelnen trifft dies für die Autobenutzer zu. Die Personenschäden der Zweiradbenutzer sind dagegen in Schleswig-Holstein durchweg leichter.

Auch die Entwicklungslinien sind im Bundesgebiet im ganzen die gleichen, so daß auch hier eine Verschlechterung zu befürchten ist. Es bleibt nur zu hoffen, daß die Prognose ihren Zweck erfüllt. Denn es ist ja Aufgabe von Voraussagen ungünstiger Entwicklungen, diese zu verhindern, und damit zu erreichen, daß die mögliche Entwicklung nicht Tatsache wird.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Vergleiche auch: "Straßenverkehrsunfälle 1963" in Wirtschaft und Statistik 1964, S. 300 (Mai)

Der Berlin- und Interzonenhandel Schleswig-Holsteins im Jahre 1963

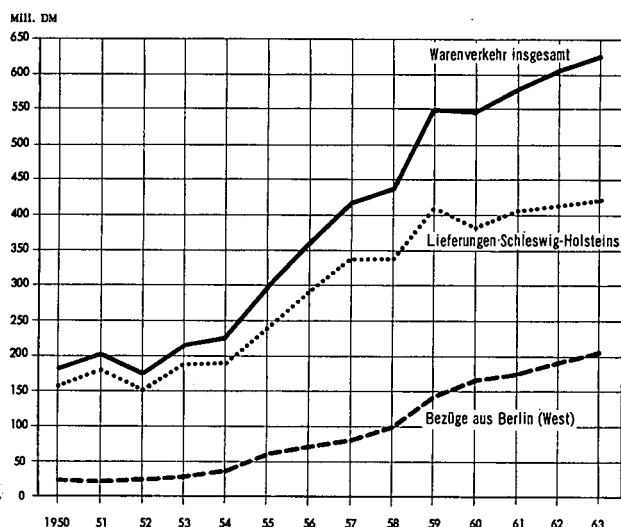
Berlinhandel

Auch im Jahre 1963 hat sich der Warenverkehr zwischen Schleswig-Holstein und Berlin (West) weiter ausgedehnt. Die Lieferungen und Bezüge nahmen gegenüber 1962 um 21 Mill. DM zu. Der Wert des Warenaustauschs ist damit um weitere 3% gestiegen und beträgt nunmehr 624 Mill. DM.

In den vergangenen Jahren hat die Berliner Wirtschaft ihre Lieferungen nicht nur nach

Schleswig-Holstein, sondern auch in das übrige Bundesgebiet ganz erheblich steigern können. Die Bezüge Schleswig-Holsteins aus Berlin haben sich seit 1958 mehr als verdoppelt, die Lieferungen unseres Landes nach Berlin (West) nahmen dagegen im gleichen Zeitraum nur um 25% zu. Trotzdem betragen die Lieferungen Schleswig-Holsteins dorthin immer noch mehr als das Doppelte desjenigen, was aus dem westlichen Teil der alten Reichshauptstadt bezogen wird.

Der Warenverkehr zwischen Schleswig-Holstein und Berlin (West)



Diese Differenz zwischen Lieferungen und Bezügen besteht im Warenverkehr zwischen Berlin und dem gesamten Bundesgebiet nicht. Seit etwa 1961 ist infolge des planmäßigen Ausbaus der westberliner Produktionsstätten und der Ansiedlung neuer Industrien der Wert des Warenverkehrs in beiden Richtungen fast ausgeglichen. Westdeutschland lieferte und bezog während des Jahres 1963 im Berlinverkehr Waren im Werte von 16,6 Mrd. DM; davon fällt der Anteil Schleswig-Holsteins mit 624 Mill. DM (3,8%) recht bescheiden aus. Die Lieferungen Westberlins gehen hauptsächlich in die Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern und Hamburg. Dabei bezieht Niedersachsen aus Westberlin etwa ein Drittel mehr als es dorthin liefert.

Im übrigen ist mit dieser Statistik nicht gesagt, daß der Verbrauch von Waren aus Westberlin in Schleswig-Holstein um mehr als 50% geringer ist als die Lieferungen dorthin. Die Berlinhandelsstatistik, die aus den Warenbegleitscheinen zusammengestellt wird, die für den Warenverkehr mit Berlin (West) erforderlich sind, berücksichtigt nicht den sogenannten gebrochenen Verkehr. Güter, die z. B. von Westberlin nach Hamburg geliefert werden, sind durchaus nicht nur zum Verbrauch oder zur Verarbeitung in Hamburg bestimmt; sie können auch von dort über Großhändler nach Schleswig-Holstein weiterverteilt werden. Ein gewisser Teil der Bezüge Schleswig-Holsteins aus Westberlin geht vermutlich diesen Weg. Diese Bemerkungen gelten übrigens auch für den Interzonenhandel.

Von den Lieferungen aus Schleswig-Holstein nach Westberlin entfielen 1963 dem Wert nach etwa 76% auf Erzeugnisse der Ernährungsindustrie und der Landwirtschaft. Alle anderen Güterarten treten demgegenüber stark in den

Bezüge und Lieferungen Schleswig-Holsteins im Warenverkehr mit Berlin (West) nach ausgewählten Warengruppen 1962 und 1963

Warengruppe	1962	1963	Veränderung in %
	in Mill. DM		
Bezüge insgesamt	190,8	203,6	+ 6,7
darunter			
Elektrotechnik	69,4	73,0	+ 5,2
Maschinenbau	23,9	31,5	+ 31,7
Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	20,4	28,6	+ 40,5
Steine und Erden	13,9	15,3	+ 9,8
Textilien	12,2	14,5	+ 18,5
Stahlbau	15,4	6,5	- 57,9
Eisen-, Blech- und Metallwaren	2,8	3,2	+ 13,5
Feinmechanik und Optik	3,1	3,2	+ 2,4
Lieferungen insgesamt	413,1	420,9	+ 1,9
darunter			
Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	247,6	254,0	+ 2,6
Landwirtschaft und Weinbau	71,9	65,7	- 8,5
Textilien	12,4	16,7	+ 34,7
Elektrotechnik	15,4	12,9	- 16,6
Papierherzeugung	9,8	10,4	+ 5,3
Maschinenbau	8,8	10,2	+ 16,6
Bekleidung	5,2	7,4	+ 42,1
Eisen-, Blech- und Metallwaren	6,5	6,6	+ 2,1
Gärtnerei und Baumschulen	5,1	5,9	+ 15,0

Hintergrund. Zu erwähnen bleiben noch die Lieferungen an Textilien und Bekleidung, die besonders im Jahre 1963 gegenüber dem Vorjahr um mehr als ein Drittel zunahm. Daneben werden auch Waren der Elektrotechnik, der Papierherzeugung und des Maschinenbaus in nennenswertem Umfang nach Westberlin geliefert.

Unter den Bezügen Schleswig-Holsteins stehen die Artikel der Elektrotechnik an erster Stelle. 36% des Wertes aller bezogenen Waren entfielen hierauf. Daneben spielt der Bezug von Erzeugnissen des Maschinenbaus und der Ernährungsindustrie eine Rolle. Ihr Wert ist im Jahre 1963 gegenüber dem Vorjahre erheblich angestiegen. Dagegen sind die Bezüge von Erzeugnissen des Stahlbaus 1963 sehr stark zurückgegangen. Außerdem werden Steine und Erden sowie Textilien in erwähnenswertem Umfang von Berlin (West) nach Schleswig-Holstein verkauft.

Der recht geringe Umfang des Warenverkehrs zwischen Schleswig-Holstein und Berlin (West) und das verhältnismäßig starke Überwiegen des Warenstromes in Richtung Westberlin ist bedingt durch die sehr unterschiedliche Struktur beider Länder. Westberlin ist auch heute noch die größte Industriestadt Deutschlands mit teilweise sehr hoch entwickelten Fertigungsstätten insbesondere der Elektroindustrie, die nach dem Kriege ihre dominierende Stellung auf dem deutschen Markte erhalten haben. Im Verhältnis hierzu ist Schleswig-Holstein stark agrarisch bestimmt. Hierdurch entsteht der starke Warenstrom von Schleswig-Holstein nach Westberlin,

dem verhältnismäßig geringe Bezüge in umgekehrter Richtung gegenüberstehen. Es besteht in Schleswig-Holstein nicht in dem Maße Bedarf an hochwertigen Industriegütern, die Westberlin liefern kann, wie umgekehrt von dort Güter der Ernährungsindustrie und Landwirtschaft benötigt werden. Zwischen Ländern oder Gebieten, die industrialisiert sind und eine gleiche oder ähnliche Wirtschaftsstruktur aufweisen, ist erfahrungsgemäß der Warenaustausch weit reger und intensiver. Hieraus erklärt sich beispielsweise die besonders starke wirtschaftliche Verflechtung Westberlins mit Nordrhein-Westfalen, Hamburg und zum Teil auch Niedersachsen.

Interzonenhandel

Im Gegensatz zum Berlinhandel, der sich überwiegend auf marktwirtschaftlicher Grundlage fortentwickelt hat, ist der Interzonenhandel seit seinem Bestehen kurz nach Kriegsende stets planwirtschaftlichen Zielsetzungen und damit auch politischen Zielsetzungen unterworfen worden. Der Warenaustausch im Interzonenhandel beruht auf zweiseitigen Abkommen zwischen dem Währungsgebiet der DM-West und der DM-Ost. Diese Abkommen, auf denen von beiden Seiten Warenlisten für den Bezug und die Lieferung von Gütern ausgehandelt werden, haben meist nur beschränkte Laufzeit; sie müssen in bestimmten Zeitabständen erneuert werden.

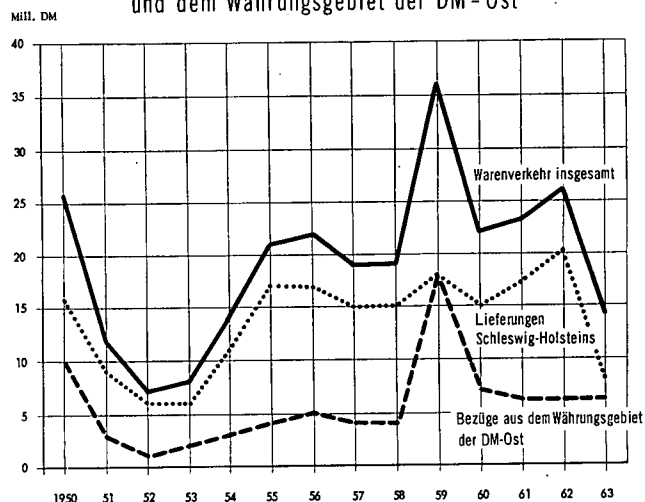
Es ist verständlich, daß es unter diesen Umständen einen sich kontinuierlich entwickelnden Interzonenhandel seit seinem Bestehen nicht gegeben hat. Während des Jahres 1963 sind die Lieferungen und die Bezüge Schleswig-Holsteins im Warenaustausch mit dem Währungsgebiet der DM-Ost gegenüber 1962 um 47% zurückgegangen. Der Wert des Warenaustauschs belief sich 1963 nur noch auf 13,7 Mill. Verrechnungseinheiten (VE)¹. Er erreichte damit den tiefsten Stand seit 1955.

Ebenso wie im Berlinhandel sind auch im Interzonenhandel die Lieferungen Schleswig-Holsteins stets höher als die Bezüge gewesen, wenn man von einer Ausnahme 1959 absieht. Im Jahre 1963 wurden Waren im Werte von 8,2 Mill. VE nach Mitteldeutschland versandt; die Bezüge dorthin beliefen sich auf 5,6 Mill. VE. Der Rückgang des Warenaustauschs während des letzten Jahres ist vorwiegend auf die Verminderung der Lieferungen Schleswig-Holsteins zurückzuführen.

Insbesondere sind die Lieferungen von Erzeugnissen der Ernährungsindustrie, die 1962

D 3440

Der Warenverkehr zwischen Schleswig-Holstein und dem Währungsgebiet der DM-Ost



Bezüge und Lieferungen Schleswig-Holsteins
im Warenverkehr mit dem Währungsgebiet der DM-Ost
nach ausgewählten Warengruppen 1962 und 1963

Warengruppe	1962	1963	Veränderung in %
	in 1 000 VE		
Bezüge insgesamt	6 101	5 550	- 9
darunter			
Textilien	2 888	2 296	- 20
Landwirtschaft und Weinbau	447	590	+ 32
Chemisch-technische Erzeugnisse	533	587	+ 10
Feinkeramik	421	300	- 29
Papierherzeugung	315	384	+ 22
Maschinenbau	317	424	+ 34
Lieferungen insgesamt	19 801	8 181	- 59
darunter			
Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	8 806	873	- 90
Maschinenbau	2 998	2 852	- 5
Anorganische Chemikalien und Grundstoffe	1 928	-	- 100
Textilien	1 779	1 933	+ 9
Papierherzeugung	840	1 104	+ 31

44% aller Lieferungen ausmachten, sehr stark zurückgegangen. Die wichtigsten Waren, die während des Jahres 1963 geliefert wurden, sind Erzeugnisse des Maschinenbaus, Textilien und Erzeugnisse der Papierherstellung. Man sollte der prozentualen Veränderung des Wertes der Lieferungen und auch der Bezüge gegenüber dem Vorjahre keine allzugroße Bedeutung beimessen. Die Schwankungen beruhen überwiegend auf außerwirtschaftlichen Einflüssen und sind keine Zuwachsraten oder Verminderungsraten im üblichen Sinne.

Bezogen wurden von Schleswig-Holstein aus dem Währungsgebiet der DM-Ost hauptsächlich Textilien, und zwar im Werte von 2,3 Mill. VE. Alle übrigen bezogenen Warenarten treten demgegenüber stark in den Hintergrund.

Im Warenaustausch mit dem gesamten Bundesgebiet liegen die Bezüge aus Mitteldeutschland

¹) In der Praxis gleich DM (West)

stets etwas höher als die Lieferungen dorthin. Im Vergleich zum Berlinhandel ist der gesamte Warenaustausch zwischen dem Währungsgebiet der DM-Ost und dem Bundesgebiet gering. 1963 wurden von dort Waren im Werte von nur 1,88 Mrd. VE bezogen oder dorthin versandt. Im Berlinhandel dagegen waren es Waren im Werte von 16,6 Mrd. DM.

Diese Zahlen zeigen an, in welchem Maße der innerdeutsche Handel durch die Teilung Deutschlands in Mitleidenschaft gezogen worden ist.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Der Berlin- und Interzonenhandel Schleswig-Holsteins 1961 und 1962" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 375 (Dezember)

Die Einkommen der Körperschaften 1961

Im Jahre 1961 wurden in Schleswig-Holstein 1 617 Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen zur Körperschaftsteuer herangezogen. Sie erwirtschafteten einen Gewinn von 261 Mill. DM, der ein Einkommen von 256 Mill. DM ergab, und mußten davon 108 Mill. DM, also 41%, als Körperschaftsteuer entrichten. Während ihre Zahl gegenüber 1957 um 219 oder ein Siebentel anstieg, hat sich ihr Gewinn und das daraus ermittelte Einkommen um vier Fünftel erhöht und ihre Steuerschuld beinahe verdoppelt. Ihr durchschnittlicher Gewinn stieg in der gleichen Zeit von 102 000 DM auf 161 000 DM. Unter ihnen befanden sich 113 Körperschaften - etwa gleich viele wie 1957 -, deren Einkommen so geringfügig war, daß eine Veranlagung unverhältnismäßig hohe Kosten verursacht hätte; sie wurden deshalb pauschal besteuert. Außerdem waren 89 Körperschaften durch einen Ergebnisabführungsvertrag organschaftlich mit anderen Körperschaften verbunden. Die von

ihnen ausgewiesenen Gewinne sind daher nur unbedeutend. Sie dienen der Deckung ihrer öffentlich-rechtlichen und satzungsgemäßen Verpflichtungen. Nur noch sieben ausländische Körperschaften mit einem Gewinn von 127 000 DM unterlagen der beschränkten Körperschaftsteuerpflicht.

Bei 614 Körperschaften ergab die Veranlagung einen Verlust, der sich auf insgesamt 12 Mill. DM belief. Die Zahl der Verlustfälle blieb gegenüber 1957 fast unverändert, die Verlustsumme erhöhte sich dagegen um beinahe vier Fünftel. Dadurch stieg der durchschnittliche Verlust dieser Fälle von 11 000 DM auf 19 000 DM an.

Da die Verlustfälle und die beschränkt steuerpflichtigen ausländischen Körperschaften nur eine untergeordnete Rolle spielen, werden in den folgenden Ausführungen nur die mit Einkommen veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen behandelt. Die Organgesellschaften werden aus Vergleichsgründen - soweit möglich - einbezogen.

Die Körperschaften 1961

Art der Steuerpflicht	Steuerpflichtige	Gewinn	Einkommen	Steuer-schuld
Unbeschränkt Steuerpflichtige	1 610	260 785	255 931	108 194
nach dem Einkommen besteuert	1 497	260 785	255 931	108 175
darunter Organtöchter	89	6 477	6 379	2 911
mit Pauschbesteuerung	113	.		19
Beschränkt Steuerpflichtige	7	127	109	53
Steuerbelastete	1 617	260 912	256 040	108 247
dagegen 1957	1 398	142 402	138 621	57 875
Verlustfälle	614	-11 778	-63 715	364
dagegen 1957	611	- 6 848	-63 647	-

Einkommenermittlung

Die Steuerbilanz, oder nach einigen Hinzu-rechnungen die Handelsbilanz, sind der Ausgangspunkt für die Einkommenermittlung der Körperschaften. Bevor jedoch die Körperschaften ihren Bilanzgewinn ermitteln, können sie neben den allgemeinen Abschreibungen eine Reihe von Sondervergünstigungen und Aufwendungen in Rechnung stellen. Die Möglichkeiten, auf diese Weise den Bilanzgewinn zu mindern, sind zurückgegangen, da die Vergünstigungen termingebunden waren oder der entsprechende Paragraph gestrichen wurde. So konnte die Bewertungsfreiheit für bewegliche Güter, die Vertriebenen und den Verfolgten des Naziregimes gewährt wurde, von keinem und die für Schiffe nur noch von einem Steuerpflichtigen beansprucht werden. Insgesamt sind jedoch die Zahl der Fälle und

Sondervergünstigungen der mit Einkommen Veranlagten

Art der Sondervergünstigungen	Rechtsgrundlage	Fälle		Betrag		
		1957	1961	1957	1961	Veränderung gegenüber 1957 in %
				1 000 DM		
Sondervergünstigungen insgesamt		98	162	8 473	22 882	+ 170
darunter						
Erhöhte Abschreibungen für Wohngebäude	§ 7b EStG	23	62	348	1 052	+ 202
Förderung des Wohnungsbaues	§ 7c EStG	43	38	495	380	- 23
Bewertungsfreiheit für Schiffe	§ 7d EStG	5	1	4 270	1 983	- 54
Bewertungsfreiheit für Fabrikgebäude, Lagerhäuser und landwirtschaftliche Betriebsgebäude	§ 7e EStG	1	8	3	26	+ 767
Zuführung zur Rücklage für Preissteigerung	§ 74 EStDV	5	3	303	1 308	+ 332
Bewertungsfreiheit für Abwasseranlagen	§ 79 EStDV	2	4	136	1 163	+ 755
Bewertungsabschlag für bestimmte ausländische Wirtschaftsgüter	§ 80 EStDV	5	39	738	13 962	+ 1 792

der Betrag der Sondervergünstigungen und Aufwendungen kräftig angestiegen.

Die Sondervergünstigungen, die in der Hauptsache die bekannten Abschreibungsparagraphen der Siebenergruppe des EStG betreffen, wurden 1961 in 162 Fällen in Höhe von 23 Mill. DM geltend gemacht. Während sich die Zahl der Fälle seit 1957 um zwei Drittel erhöhte, hat sich der Betrag beinahe verdreifacht. Die Veränderungen unter den einzelnen Sondervergünstigungen waren recht unterschiedlich. Die Bewertungsfreiheit für bewegliche Wirtschaftsgüter entfiel, wie bereits erwähnt, völlig. Die Bewertungsfreiheit für Schiffe verminderte sich dem Betrage nach um die Hälfte und die Beträge für die Förderung des Wohnungsbaues gingen um ein Viertel zurück. Alle anderen Arten erhöhten sich mehr oder weniger kräftig. Die größte Ausweitung erfuhr der Bewertungsabschlag für bestimmte Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens ausländischer Herkunft, der fast zwanzigmal höher war als 1957 und über die Hälfte aller Sondervergünstigungen stellte. Die Beträge für die Bewertungsfreiheit von bestimmten Gebäuden und, Abwasseranlagen verzehnfachten sich beinahe, waren jedoch

mit 26 000 DM und mit 1,2 Mill. DM nicht sehr gewichtig. Die Zuführungen zur Rücklage für Preissteigerungen erreichten nach einer Vervielfachung den Betrag von 1,3 Mill. DM. Für die erhöhten Absetzungen von Wohngebäuden wurde ein dreimal höherer Betrag geltend gemacht als 1957. Er fiel jedoch mit 1 Mill. DM ebenfalls nicht sehr ins Gewicht.

Von der Möglichkeit, durch Aufwendungen für Pensions- und Unterstützungsverpflichtungen den Bilanzgewinn zu mindern, machten die Körperschaften häufiger Gebrauch als von den Sondervergünstigungen. Bei weitem am meisten wurden Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen geltend gemacht. Für 211 Fälle ergab sich mit 18 Mill. DM ein doppelt so hoher Betrag wie 1957, er stellte fast vier Zehntel aller Sondervergünstigungen und Sonderaufwendungen. Diese Form der Pensionsverpflichtung wird offensichtlich der betrieblichen Pensionskasse vorgezogen. Die Zuwendungen an Pensionskassen verminderten sich nämlich um drei Viertel und beliefen sich nur noch auf wenig mehr als eine halbe Mill. DM. Bedeutender sind die Zuwendungen an Unterstützungskassen, die sich mehr als vervierfachten und auf 5,4 Mill. DM bezifferten.

Aufwendungen der mit Einkommen Veranlagten

Art der Aufwendung	Fälle		Betrag		
	1957	1961	1957	1961	Veränderung gegenüber 1957 in %
			1 000 DM		
Zuführung zur Rückstellung für Pensionsverpflichtungen	103	211	9 073	18 031	+ 99
Zuwendungen an Pensionskassen nach dem Zuwendungsgesetz	8	11	2 185	557	- 75
Zuwendungen an Unterstützungskassen nach dem Zuwendungsgesetz	32	52	1 245	5 366	+ 331
Insgesamt	143	274	12 503	23 954	+ 92

Für 1 357 Steuerpflichtige ergab die Steuerbilanz 1961 einen Bilanzgewinn in Höhe von 124 Mill. DM und für 51 Steuerpflichtige einen Bilanzverlust von 1 Mill. DM. Die Zahl der Steuerpflichtigen mit Bilanzgewinn hat sich gegenüber 1957 um 150 erhöht und ihr Gewinn mehr als verdoppelt. Die Zahl der Fälle mit Bilanzverlust verminderte sich demgegenüber ebenso wie der Betrag. Der durchschnittliche Bilanzgewinn erhöhte sich dadurch auf 91 000 DM, während der durchschnittliche Bilanzverlust auf 21 000 DM sank. Das Bilanzergebnis bildet - wie schon erwähnt - den Ausgangspunkt für die Einkommenberechnung. Nach den Vorschriften des Körperschaftsteuergesetzes werden zum Bilanz-

ergebnis bestimmte Aufwendungen, die lediglich eine Verwendung des Einkommens darstellen, ferner die Steuern vom Einkommen und die Vermögensteuer hinzugerechnet. Diese Zuschläge setzen sich neben den bereits genannten Steuern u. a. aus Zuführungen zu den Rücklagen, verdeckten Gewinnausschüttungen, Aufwendungen zur Erfüllung satzungsgemäßer Zwecke sowie Vergütungen an den Aufsichtsrat und Verwaltungsrat zusammen. Fast alle Steuerpflichtigen waren von diesen Vorschriften betroffen, die Verlustfälle sogar ausnahmslos, da sie erst durch diese Zuschläge zu einem steuerpflichtigen Einkommen gelangen. Der Gesamtbetrag der Zuschläge erhöhte sich gegenüber 1957 um fast die Hälfte auf 147 Mill. DM. Den größten Posten machten wie 1957 die nicht abzugsfähigen Steuern und Abgaben aus; über vier Fünftel oder 120 Mill. DM entfielen hierauf. An Aufsichtsratsvergütungen wurden 1,8 Mill. DM gezahlt. Das bedeutet, daß im Durchschnitt jede der betroffenen Körperschaften 13 000 DM für ihre Aufsichtsorgane aufgewendet hat.

Rücklagen wurden in der gleichen Höhe wie 1957 vorgenommen (21 Mill. DM). Im Verhältnis zum Bilanzgewinn wurden folglich bedeutend weniger Mittel zur Stärkung des Eigenkapitals verwandt wie 4 Jahre zuvor. 1957 waren es noch gut ein Drittel gewesen und 1961 nicht einmal halb so viel. Die größte Summe stellten wiederum die Aktiengesellschaften (13 Mill. DM), aber auch hier ging die Relation zum Bilanzgewinn von acht Zehnteln auf knapp sechs Zehntel zurück.

Von dem um die Zuschläge erhöhten Bilanzergebnis können verschiedene Abschläge vorgenommen werden, wie etwa steuerfreie Zinsen und Gewinnanteile. Sie spielen gegenüber den Zuschlägen eine untergeordnete

Rolle. Insgesamt beliefen sich die Abschläge auf 9 Mill. DM und waren damit um vier Zehntel geringer als 1957. Das nach der Addition der Zuschläge berechnete Ergebnis ist für die meisten Körperschaften der Gewinn. Nur die Organmuttergesellschaften müssen zu diesem Ergebnis noch den Gewinn oder Verlust, der auf Grund eines Ergebnisabführungsvertrages entstanden ist, hinzurechnen.

Die mit Einkommen veranlagten inländischen Körperschaften erwirtschafteten im Jahre 1961 einen Gewinn in Höhe von 261 Mill. DM; er war um über acht Zehntel höher als 1957, stieg also nicht so kräftig wie zwischen 1954 und 1957, wo er sich mehr als verdoppelt hatte. Vom Gewinn können die Körperschaften Spenden zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, wissenschaftlicher, staatspolitischer und gemeinnütziger Zwecke sowie Verluste aus den Vorjahren absetzen. Die schleswig-holsteinischen Körperschaften spendeten 1 Mill. DM. Ihre Verluste aus den Vorjahren machten 3,8 Mill. DM aus und waren um drei Zehntel höher als 1957. Im Durchschnitt konnten 34 000 DM je Fall abgesetzt werden. Das sich nun ergebende Einkommen bezifferte sich auf 256 Mill. DM, zu versteuern waren jedoch nur 255 Mill. DM, da die im Gewinn enthaltenen Kapitalerträge noch abgezogen werden konnten.

Besteuerung

Durch das Steueränderungsgesetz vom Jahre 1961 sind die Steuersätze für die Körperschaftsteuerpflichtigen wieder erhöht worden, nachdem sie 1957 gesenkt worden waren. Die Körperschaften unterliegen unterschiedlichen Steuersätzen, die sich nach der Rechtsform und anderen bestimmten Voraussetzungen, wie etwa der Höhe des Vermögens, richten. Das Einkommen der Kapitalgesellschaften wird im allgemeinen zu 51% besteuert. Für fast die Hälfte des steuerpflichtigen Einkommens aller schleswig-holsteinischen Körperschaften mußten 51% als Steuern abgeführt werden, das sind 60 Mill. DM oder 57% des gesamten Körperschaftsteueraufkommens. Dieser hohe Steuersatz gilt jedoch nur für das Einkommen der Kapitalgesellschaften, das zu Investitionen, zur Rücklagenbildung u. ä. verwendet wird. Die ausgeschütteten Gewinne werden nur mit 15% zur Körperschaftsteuer herangezogen. Die Kapitalgesellschaften wiesen 42 Mill. DM als berücksichtigungsfähige Ausschüttungen nach. Das bedeutet, daß sie etwa ein Viertel ihres steuerbaren Einkommens für Ausschüttungen verwendeten. Wenn das Vermögen einer Kapitalgesellschaft nur 5 Mill. DM ausmacht und wenn mindestens 76% des Nennkapitals in

Vom Bilanzgewinn zum steuerpflichtigen Einkommen

Bezeichnung	Steuerpflichtige		Betrag		
	1957	1961	1957	1961	Veränderung gegenüber 1957 in %
			Mill. DM		
Bilanzgewinn	1 206	1 357	60	124	+ 107
Bilanzverlust	69	51	3	1	- 64
	1 275	1 408	57	123	+ 116
+ Zuschläge	1 166	1 351	100	147	+ 47
- Abschläge	241	224	16	9	- 42
	1 275	1 497	141	260	+ 85
+ Organschaftsgewinn	12	6	2	0,5	- 71
Gewinn	1 275	1 497	142	261	+ 83
- Spendenabzug	314	465	1	1	+ 28
- Verlustabzug	109	112	3	4	- 29
Einkommen	1 275	1 497	139	256	+ 85
- Im Gewinn enthaltene Kapitalerträge	83	44	1	1	- 44
Zu versteuerndes Einkommen	1 275	1 497	138	255	+ 86

Einkommen und Steuerschuld nach Steuersätzen
— ohne Organgesellschaften —

Steuersatz	Fälle		Zu ver- steuerndes Einkommen		Steuer- schuld	
	An- zahl	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
gemäß § 19 Abs. 1 Ziff. 1 KStG						
51 %	161	10,2	117	47,0	60	56,9
15 %	115	7,3	42	16,8	6	6,0
gemäß § 19 Abs. 1 Ziff. 2 KStG						
49 %	105	6,7	27	11,0	13	12,8
Staffeltarif	220	14,0	3	1,2	1	1,3
gemäß § 19 Abs. 1 Ziff. 3 KStG						
49 %	804	51,1	36	14,6	18	17,0
Kreditgenossenschaften und Zentralkassen in Sinn der §§ 33 und 34 KStDV						
19 %	105	6,7	7	2,8	1	1,2
Übrige Steuersätze	63	4,0	17	6,7	5	4,8
Insgesamt	1 573	100	249	100	105	100

der Hand natürlicher Personen und noch einige andere Bedingungen erfüllt sind, so ermäßigt sich der Steuersatz auf einen Staffeltarif, der für die ersten 10 000 DM Einkommen 39% ausmacht, sich auf 59% steigert und über 50 000 DM 49% beträgt. Die Kapitalgesellschaften machten am häufigsten von diesem Staffeltarif Gebrauch. Ihm unterlag aber nur wenig mehr als 1% des gesamten zu versteuernden Einkommens.

Fast alle übrigen Körperschaften - außer den Kreditgenossenschaften und Zentralkassen - müssen 49% ihres Einkommens als Körperschaftsteuer abführen. Das waren in Schleswig-Holstein bei weitem die meisten, nach dem Einkommen stellten sie jedoch nur ein Siebentel. Für die Kreditgenossenschaften und Zentralkassen ermäßigt sich der Steuersatz sogar auf 19%. Sie waren daher, obwohl nicht selten, für das Körperschaftsteueraufkommen unbedeutend.

Für ein Einkommen in Höhe von fast 250 Mill. DM zahlten die schleswig-holsteinischen Körperschaften 105 Mill. DM Körperschaftsteuer, das entspricht einem mittleren Steuersatz von 42,2%. Die durchschnittliche Belastung ist bei den einzelnen Rechtsformen unterschiedlich. Die Kapitalgesellschaften, die Dank ihres hohen Einkommens die Durchschnittsrelation bestimmen, kommen durch verschiedene Ermäßigungen auf 42,2% anstelle der ursprünglichen 51%. Der wirkliche Steuersatz der Aktiengesellschaften belief sich sogar nur auf 39,9%, während er bei den Gesellschaften mbH 43,2% ausmachte. Der niedrigste Steuersatz wurde für die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (35,6%) und der

höchste für die öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsbetriebe (49%) errechnet.

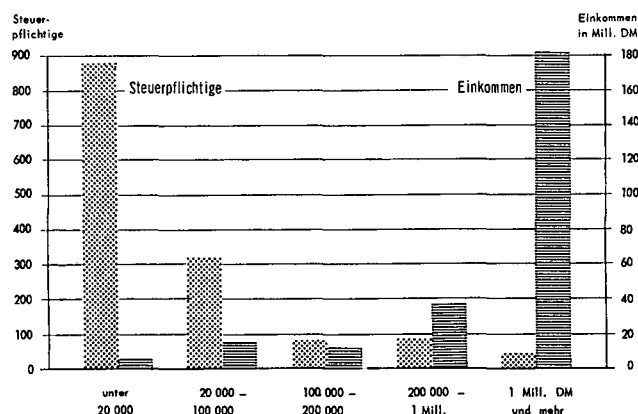
Einkommenschichtung

Die Schichtung der Körperschaften nach der Höhe ihres Einkommens zeigte auch 1961 die bereits aus den früheren Jahren bekannte Anhäufung der Steuerpflichtigen in den unteren Größenklassen und eine Zusammenballung der Einkommen auf wenige Körperschaften in den höheren. Auf 43 Körperschaften, das sind 3% aller Steuerpflichtigen, mit über 1 Mill. DM Einkommen entfielen fast drei Viertel des gesamten Einkommens, in den unteren Gruppen (unter 12 000 DM) befinden sich dagegen zwar über die Hälfte aller Körperschaften, aber nur 1% des Einkommens. Die in ihren Unternehmenszielen stark abweichenden Kapitalgesellschaften auf der einen und die Genossenschaften auf der anderen Seite bewirken hauptsächlich diese extreme Schichtung. Während sich von den Kapitalgesellschaften nur vier Zehntel mit einem Einkommenanteil von gerade 1% in der Größenklasse unter 20 000 DM befinden, sindes bei den Genossenschaften acht Zehntel mit einem Einkommenanteil von einem Fünftel. Entsprechend umgekehrt sieht es in der Größenklasse über 1 Mill. DM aus: Nicht einmal ein Zehntel der Kapitalgesellschaften stellen drei Viertel der Einkommen der Kapitalgesellschaften und weniger als 1% der Genossenschaften ein Viertel des Einkommens aller Genossenschaften.

Es gibt nur wenige Aktiengesellschaften, die ein Einkommen unter 20 000 DM nachweisen. Ihr Schwerpunkt liegt vielmehr in den Größenklassen über 100 000 DM. Gesellschaften mbH mit kleineren Einkommen gibt es dagegen häufiger. Die Masse der übrigen Körperschaften, das sind die Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts, Versicherungsvereine a. G., Anstalten, Stiftungen

D 3433

Einkommenschichtung der Körperschaften 1961 ohne Organgesellschaften



Einkommenschichtung der Körperschaftsteuerpflichtigen 1961

— ohne Organgesellschaften —

Größenklasse Einkommen In DM	Alle Körperschaften				davon							
					AG, KGaA		GmbH		eGmbH		übrige Körper- schaftsteuer- pflichtige	
	Steuer- pflichtige		Ein- kommen		Steuer- pflichtige	Ein- kommen	Steuer- pflichtige	Ein- kommen	Steuer- pflichtige	Ein- kommen		
	Anzahl	%	Mill. DM	%	in %							
unter 12 000	755	54	3	1	5	0	35	1	70	13	53	1
12 000 – 20 000	119	8	2	1	–	–	9	1	9	6	8	1
20 000 – 50 000	205	15	6	3	17	0	18	2	13	18	11	2
50 000 – 100 000	118	8	8	3	7	0	13	3	4	13	11	5
100 000 – 200 000	82	6	12	5	15	2	9	5	2	12	8	8
200 000 – 1 Mill.	86	6	37	15	37	12	11	16	1	14	7	15
1 Mill. und mehr	43	3	181	72	20	85	6	73	0	24	2	67
Insgesamt	1 408	100	250	100	100	100	100	100	100	100	100	100

u. ä., konzentrieren sich ebenso wie die Genossenschaften in den unteren Einkommengrößenklassen.

Rechtsformen

Von den 1 497 steuerbelasteten, unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaften wurden beinahe die Hälfte in Form einer Genossenschaft und gut ein Drittel in Form einer Kapitalgesellschaft geführt, die restlichen waren Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts, Versicherungen a.G. u. a. Von den Einkommen aller Körperschaften entfielen über drei Viertel auf die Kapitalgesellschaften.

Körperschaftsteuerpflichtige Aktiengesellschaften gibt es in Schleswig-Holstein einschließlich der Organtöchter nur 45. Sie erwirtschafteten jedoch ein Viertel des Einkommens aller Körperschaften und entrichteten dafür auch ein Viertel des gesamten Steueraufkommens. Mit einem Durchschnittseinkommen von 1,4 Mill. DM lagen sie weit an der Spitze; es war fast zehnmal so hoch wie im Durchschnitt aller Rechtsformen (171 000 DM). Die

Gesellschaften mbH sind zwar sowohl der Zahl als auch dem Einkommen nach gewichtiger, ihr Durchschnittseinkommen ist jedoch mit 257 000 DM gegenüber den Aktiengesellschaften recht bescheiden. Die Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts liegen etwa gleich (284 000 DM). Sehr gering ist mit 23 000 DM das Durchschnittseinkommen der Genossenschaften. Das hängt jedoch mit ihrer Gesellschaftspolitik zusammen, die nicht auf Gewinnerzielung abgestellt ist, sondern auf die Unterstützung ihrer Genossen. Das Einkommen der Genossenschaften dient daher nur der Kostendeckung. Die darüber hinausgehenden Gewinne werden als Warenrückvergütungen an die Genossen ausgeschüttet.

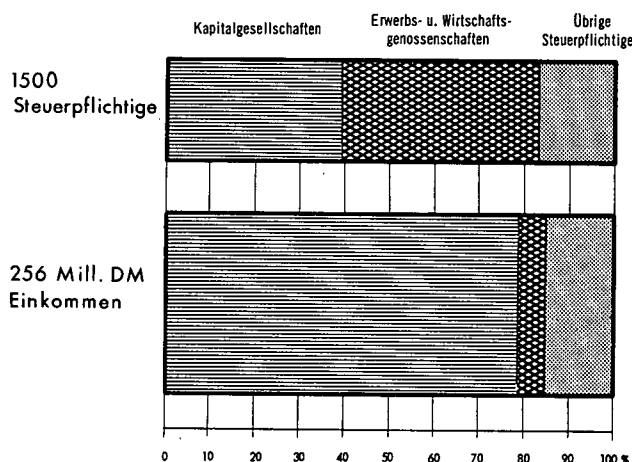
Einkünfte aus Gewerbebetrieb

Die Einkünfte der schleswig-holsteinischen Körperschaften resultieren ausschließlich aus

Einkünfte der Körperschaften aus Gewerbebetrieb — ohne Organgesellschaften —

Wirtschaftliche Gliederung	Steuerpflichtige		Einkünfte aus Gewerbebetrieb	
	Anzahl	%	1 000 DM	%
Land-, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei	13	1	154	0
Bergbau; Steine und Erden; Energiewirtschaft	66	5	30 326	12
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	83	6	68 757	27
Verarbeitendes Gewerbe	179	13	75 032	30
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	36	3	2 574	1
Produzierendes Gewerbe darunter Industrie	364	26	176 689	69
	271	19	171 907	68
Großhandel	204	14	23 136	9
Einzelhandel	59	4	9 901	4
Verlagswesen, übriges Handelsgewerbe, Geld-, Bank- und Börsenwesen	568	40	39 380	15
Dienstleistungen	143	10	3 409	1
Verkehrswirtschaft	26	2	1 348	1
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	31	2	321	0
Alle Wirtschaftsbereiche	1 408	100	254 338	100

Die Körperschaften nach Rechtsformen 1961



ihrer gewerblichen Tätigkeit. Dies ist jedoch nur auf Grund der steuerrechtlichen Vorschriften so, wonach alle Einkünfte der Steuerpflichtigen, die zur Führung von Büchern verpflichtet sind, als Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu gelten haben. Es sind also in den Einkünften aus Gewerbebetrieb auch andere Einkunftsarten enthalten, die aber nicht sehr hoch sein werden.

Am häufigsten lag der Schwerpunkt der gewerblichen Tätigkeit im Verlags-, Geld-, Bank- und Börsenwesen. Bedingt durch die große Zahl der Genossenschaften waren vier Zehntel aller Körperschaften in diesem Bereich anzutreffen. In der Industrie gab es nur halb so viele Körperschaften und im Großhandel noch weniger. Alle

übrigen Wirtschaftsbereiche sind nur schwach besetzt.

Gemessen an den Einkünften sieht das Bild jedoch völlig anders aus. Die industriellen Unternehmen stellten zwei Drittel der Einkünfte und die des Geld-, Bank- und Börsenwesens nur gut ein Siebtel. In der Industrie konzentrierten sich die Kapitalgesellschaften, während im Geld-, Bank- und Börsenwesen, wie oben erwähnt, die Genossenschaften vorherrschten.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Das Einkommen der Körperschaften 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 115 (Mai)

Kurzberichte

An- und Abmeldungen gewerblicher Arbeitsstätten 1963

Gemäß Erlass des Ministers für Wirtschaft und Verkehr vom 25. September 1962 erhält das Statistische Landesamt Durchschriften der bei den Gemeinden anfallenden Gewerbean- und -abmeldungen.

Im Jahre 1963 wurden in Schleswig-Holstein 5 718 An- und 4 503 Abmeldungen gewerblicher Betriebe festgestellt, also eine Zunahme um 1 200 Betriebe. Um eine Vorstellung von der Bedeutung dieser Zahlen zu vermitteln sei erwähnt, daß die Gesamtzahl der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten in Schleswig-Holstein sich im Jahre 1961 auf rund 100 000 belief.

Von den 5 718 Anmeldungen des Jahres 1963 entfallen mit 2 551 fast die Hälfte auf den Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln. Dabei handelt es sich zu einem sehr großen Teil um die sogenannten "Stubenläden", die von einigen Großhändlern eingerichtet wurden. Der Bereich "Dienstleistungen" mit Gaststätten, Beherbergungsgewerbe, Wäschereien, Friseurien usw. stellt mit 860 Anmeldungen die zweitgrößte Gruppe - etwa 15%. Zum Baugewerbe sind gut 300 Anmeldungen erfolgt, zum übrigen verarbeitenden Gewerbe fast 500. Die Struktur der Abmeldungen ist ähnlich. Wenn wir einen Blick auf den Saldo der An- und Abmeldungen werfen, stellen wir fest, daß reichlich 1 200 mehr An- als Abmeldungen erfolgten. Zwei Drittel davon kommen aus dem Einzelhandel mit

An- und Abmeldungen gewerblicher Arbeitsstätten 1963

Gewerbegruppe	An-meldungen	Ab-meldungen	Veränderung im Jahre 1963
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	106	99	+ 7
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, gewerblicher Bergbau	1	1	-
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	492	714	- 222
Baugewerbe	310	244	+ 66
Handel	3 554	2 575	+ 979
Verkehr	227	167	+ 60
Finanzierungsinstitute, Versicherungsgewerbe	169	96	+ 73
Dienstleistungen, soweit gewerblich	859	607	+ 252
Insgesamt	5 718	4 503	+ 1 215

Nahrungs- und Genußmitteln, ein Fünftel aus den Dienstleistungen.

Eine kreisweise Aufschlüsselung der Ergebnisse zeigt große Differenzen in den Veränderungen je 100 000 Einwohner. Während in Kiel, Lübeck und Neumünster die An- und Abmeldungen sich 1963 die Waage halten, überwiegen die Anmeldungen in den Kreisen Südtondern, Segeberg, Flensburg-Land und Eckernförde um 100 und mehr je 100 000 Einwohner.

Betrachtet man die gegenüber dem Bestand von 1961 eingetretenen Veränderungen, so heben sich folgende Positionen heraus: Abnahme der Schneider und Schuhmacher um 4 bis 5%, Zunahme des Einzelhandels mit Nahrungs- und Genußmitteln um 6%.

DER ALTERSAUFBAU DER SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN BEVÖLKERUNG Anfang 1964 und 13 Jahre später

Geburtsjahrgänge

MÄNNLICH

WEIBLICH

STAND
1977

STAND
1977

STAND
1964

STAND
1964

Verluste im II. Weltkrieg

Geburtenausfall
durch den I. Weltkrieg

Geburtenausfall
durch den I. Weltkrieg

Weltwirtschaftskrise

Weltwirtschaftskrise

Geburtenpolitik
des Dritten Reiches

Geburtenpolitik
des Dritten Reiches

1945

1945

1869
1882
1879
1892
1889
1902
1899
1912
1909
1922
1919
1932
1929
1942
1939
1952
1949
1962
1959
1972

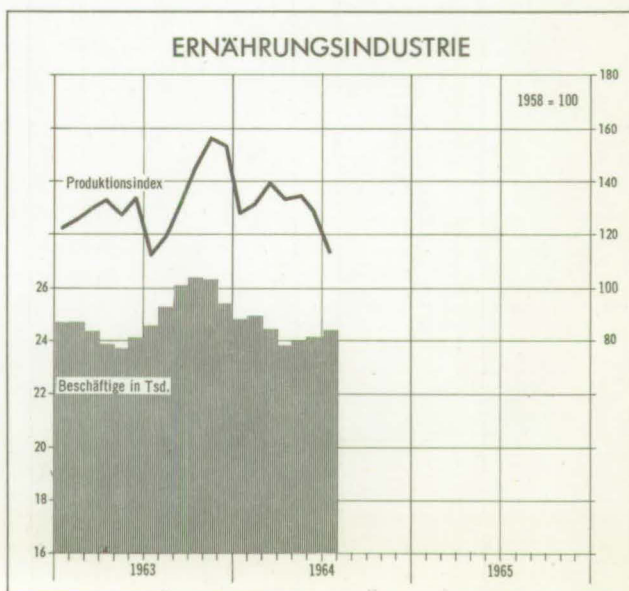
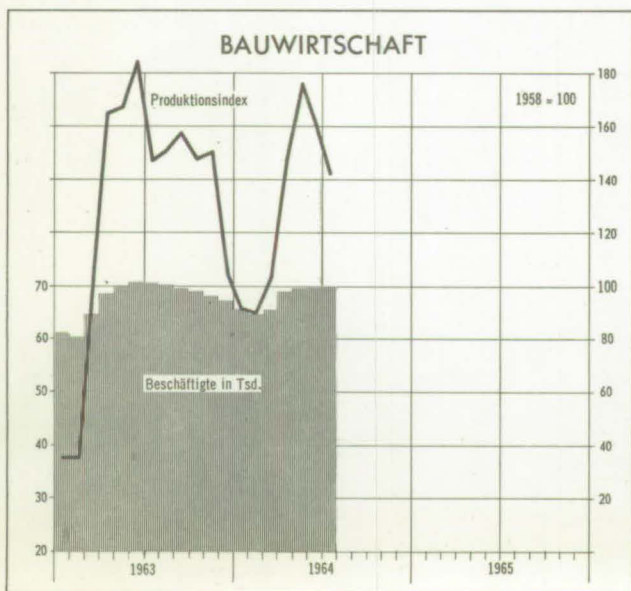
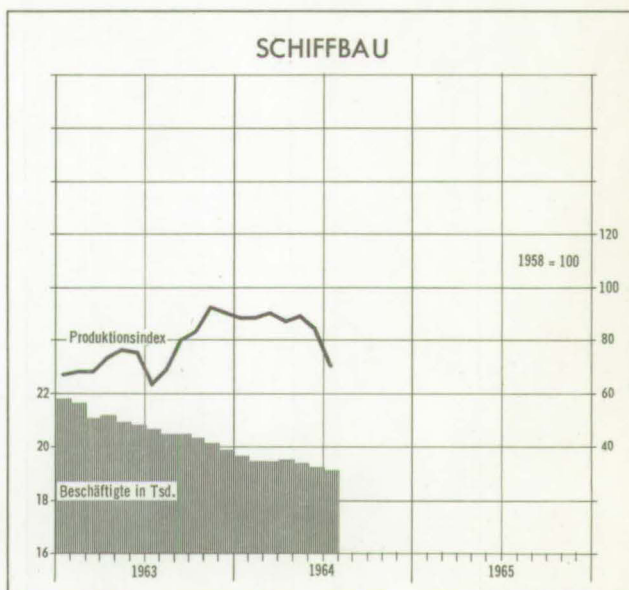
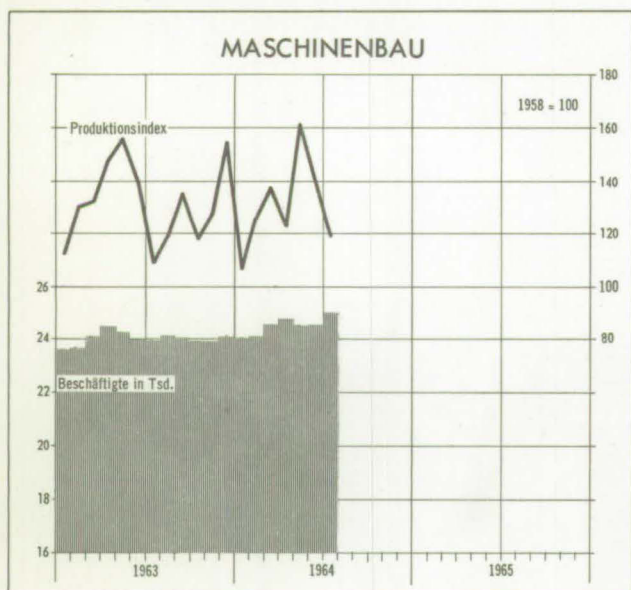
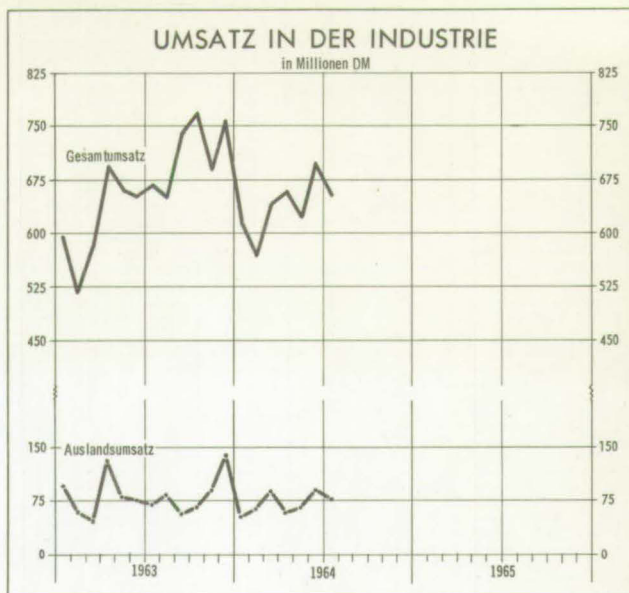
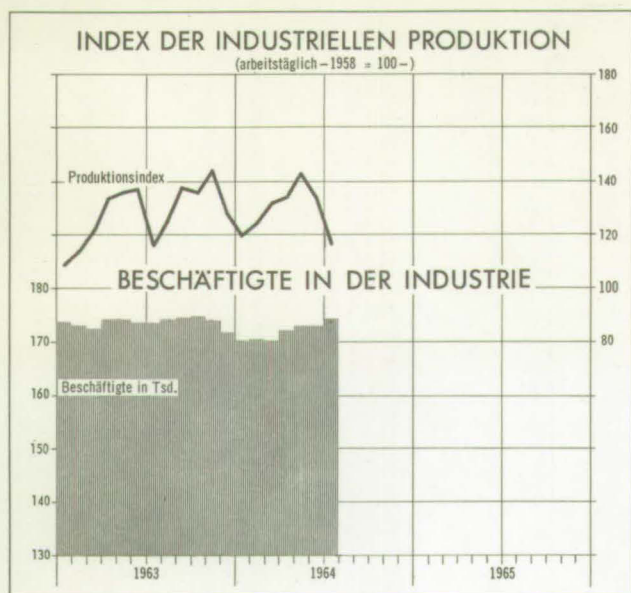
Lebensalter

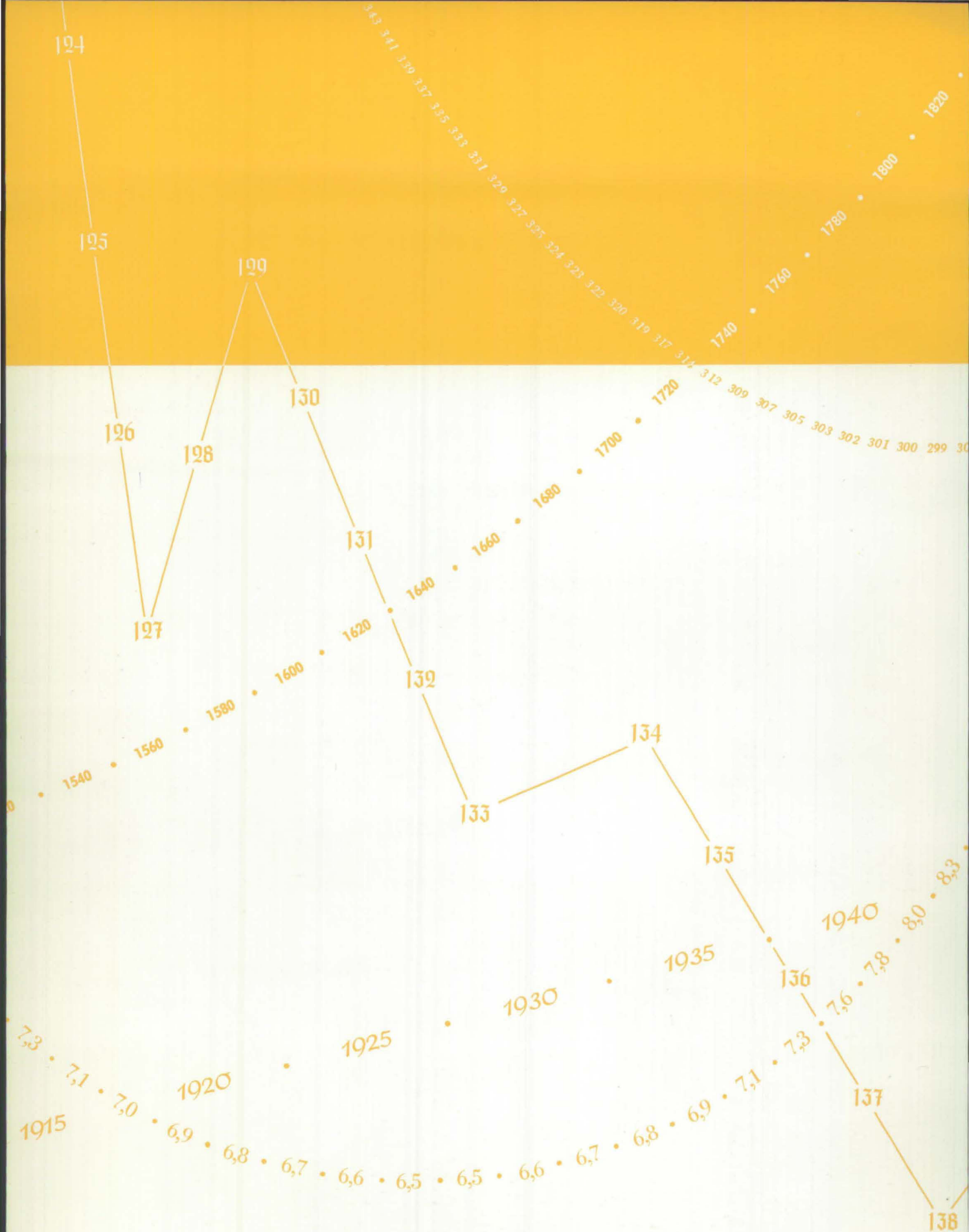
Tausend Personen

Tausend Personen

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen; Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geborene und Gestorbene); Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte; Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 3602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Kordsheya
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke, Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen